Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsträgern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 15553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4–6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dienstag, den 17. August 1926 — Nummer 179

Helft den Bergarbeitern!

Keine Kapitulation — Die Front steht unerschüttert

Tagung der Bergarbeiter-Delegiertenkonferenz

London, 16. Aug. (Telunion.) Die Delegierten-Konferenz der englischen Bergarbeiter ist in der Kingsway-Hall in London zusammengetreten. Die Tagesordnung begann mit Reden der Delegationsführer über die Streiklage in den einzelnen Bergbaubezirken. Die Berichte wurden in einem in später Abendstunde herausgegebenen Kommunique dahingehend zusammengefaßt, daß die Vermittlungsaktion der Bischöfe mit einer Mehrheit von rund 25 000 Stimmen abgelehnt worden ist. Die Ablehnung, sowie die vielen aus den Berichten sich ergebenden Gesichtspunkten waren Gegenstand sehr ausgiebiger Diskussion bis 11½ Stunden währte. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Verhandlungen wurden auf morgen vertagt.

London, 17. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem Zusammentritt der Delegierten-Konferenz gab Cook den Pressevertretern einige Erklärungen. Die von der bürgerlichen Presse ausgesprochene Hoffnung, daß die Delegierten-Konferenz eine Kapitulation der Bergarbeiter bringen werde, sei vollkommen falsch. Wenn die Unternehmer und die Regierung auf eine Kapitulation der Bergarbeiter warten, so wird der Kampf weitergehen. Die Ablehnung der bischöflichen Vorschläge hat klar gezeigt, daß die Bergarbeiter jedes Kompromiß ablehnen, das eine Verschlechterung ihrer bisherigen Lebenshaltung bedeuten würde. Die Gerüchte, die von Cook als die falsch bezeichnete Cook als die Gerüchte, die von „Verfall des Bergarbeiter-Verbandes" verlautet. Es seien lediglich Bezirksverhandlungen mit den Unternehmern im Gange. Der Bergarbeiter-Verband führt den Kampf weiter geschlossen und wird nur ein zentrales Abkommen schließen. Fraktionsverhandlungen seien nur möglich, wenn der Versuch, die Streikzeit zu verlängern, aufgegeben und das Prinzip des Mindestlohns in einem zentralen Tarif anerkannt werde. Die Bergarbeiter sind nicht besiegt und werden weiter kämpfen gegen die Bedingungen, die von ihnen vor 15 Wochen abgelehnt wurden.

Der Sekretär des Landarbeiter-Verbandes Walter sollidarisierte sich mit dem Bergarbeiterkampf und forderte den Boykott des Kohlentransports.

Mit dieser Erklärung des Bergarbeiterführers Cook werden die Meldungen, die noch am Sonnabend und Sonntag durch die bürgerliche Presse gingen, daß der Streik beendet sei, als Lüge entlarvt. — Zu Beginn des 16wöchigen Kampfes steht die Front der Bergarbeiter fest und unerschüttert. Sie kennen keine Kapitulation. Trotz der ungeheuren Notlage der Streikenden lehnen die Belegschaften ab, sich dem Willen der Kohlenmagnaten zu unterwerfen. Selbst die bürgerlichen Beobachter müssen den ungebrochenen Kampfwillen zugeben. Ebenso veröffentlicht das „Berliner Tageblatt" einen längeren Aufsatz über den Dauerstreik in England, in dem bestätigt wird, daß es gerade die unter furchtbarer Not leidenden Bergarbeiter selbst sind, die auf die Fortsetzung des Kampfes drängen. Infolge der Sabotage des Generalrats und der Führer der Gewerkschaften haben die englischen Bergarbeiter nur noch die Hoffnung auf die tatkräftige Hilfe der internationalen Solidarität. Es muß deshalb die heiligste Pflicht der deutschen Arbeiter sein, nicht nur die Sammlungen zur Unterstützung des englischen Kampfes zu steigern und mit aller Kraft fortzuführen, sondern darüber hinaus die höchsten Anstrengungen zu machen, um den Transport der Streikbrecherkohle zu verhindern.

Streikbrecherkohle

London, 15. Aug. In Liverpool kommt, wie es in einer Reutermeldung u. a. heißt, derartig viel Kohle an, daß von den Mersey-Docks und dem Hafenamt besondere Vorrichtungen für den Umschlag getroffen worden sind, so durch Anlegung von Hilfsgeleisen und durch Bereitstellung weiterer Krane und Anlegeplätze. Die meiste Kohle kommt vom Kontinent, kleinere Mengen auch von Amerika.

Es geht um Biegen oder Brechen

Der Londoner Korrespondent des „Berliner Tageblattes" brachte seinem Blatte einen Artikel über den Kohlenarbeiterstreik, den wir bereits an anderer Stelle zitierten. In diesem Artikel, den das „Berliner Tageblatt" im Anschluß an die Meldung von der Bergarbeiterdelegierten-Konferenz veröffentlicht, heißt es: „Denn erbittert ist diese seit 15 Wochen dauernde Auseinandersetzung, wie wohl kaum eine andere in England gewesen ist. Es geht, wenn es nur auf die Unternehmer ankäme, nicht mehr um einen Kompromiß, sondern um Biegen oder Brechen. Scharf und unbeugsam stehen die großen Herren da, entschlossen, ihr Programm durchzuzwingen, und zwar, wenn nötig, durch Aushungerung der Bergarbeiter und der Arbeiterfamilien. Dieses Programm lautet: die Herabsetzung der Kohlenpreise durch Einführung des Achtstundentages, von dem die Unternehmer unter keinen Umständen abstehen wollen, sowie Lohnkürzungen und die bezirksweise Arbeitsregelung. Dagegen ist von den Beiträgen, die die Industrie selbst zur Preissenkung liefern soll, kaum noch die Rede. ..."

An einer anderen Stelle fährt der Korrespondent fort: „... Das hat jedoch nur zu einem engeren Zusammenschluß der Bergarbeiter geführt, die, in ihren einsamen Tälern zusammengepfercht, sich gegenseitig helfen und ermutigen und zu neuem Widerstand aufreizen. Von diesem gesteigerten Solidaritätsgefühl getragen erdulden sie Not und Elend ohne Murren. Denn wenn auch noch keine Leichen auf der Straße herumliegen, so ist die magere Armenunterstützung der Frauen und Kinder (Sichfield z. B. zahlt einer Bergarbeiterfrau 2,6 Schilling wöchentlich, bei einem Kind auf 3,6, bei zwei Kindern auf 5 Schilling anwachsen) nur genug, um vor dem Verkommen zu schützen. ..."

Dieser heldenmütige Kampf der englischen Bergarbeiter darf nicht verloren gehen. Sollen die Bergherren aber nicht triumphieren, so müssen die Sammlungen für die englischen Bergarbeiter mit verstärkter Kraft fortgesetzt werden.

Konferenz des anglo-russischen Komitees in Berlin?

London, 16. Aug. Wie verlautet, hat der Generalrat der englischen Gewerkschaften nach einer längeren Sitzung Vorkehrungen getroffen, um einen erneuten Zusammentritt des englisch-russischen Komitees in einer Stadt des Kontinents, wenn möglich zu Ende nächster Woche, herbeizuführen. Außerdem bildeten die Vorkehrungen für den Zusammentritt des Gewerkschaftskongresses im nächsten Monat in Bournemouth den Gegenstand der Beratung. Laut „Daily Herald" wird die Konferenz Ende dieser Woche in Berlin stattfinden.

Der Kampf der britischen Bergarbeiter

Von Frank Ayres (Warwickshire, England).

Wie steht es mit dem Kampf der britischen Bergarbeiter? Welches sind die Aussichten auf seinen Erfolg? Wie lange wird er dauern? Werden die britischen Bergarbeiter so lange aushalten können, bis die deutschen Bergarbeiter in den kommenden Monaten ihren Kampf beginnen? Das sind einige der vielen Fragen, die die Arbeiter außerhalb Englands stellen. Die Antwort auf alle diese Fragen kann in einigen Worten gegeben werden. Der Kampf geht weiter, die Bergarbeiter führen ihn mit ihrem Rücken gegen die Wand. Angesichts ungeheurer Schwierigkeiten führen die Bergarbeiter einen großartigen Kampf und schlagen Angriff nach Angriff ab. Diese Angriffe erfolgen nicht nur von den Vertretern der kapitalistischen Klasse mit ihrer Presse, Kanzel und Regierung, sondern auch von sogenannten Arbeiterführern. Die Angriffe dieser letzteren können viel schwerer bekämpft werden und sind viel niedriger. Die rechten Führer, sowohl der politischen, als auch der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, haben sich vereint, um den britischen Bergarbeitern die Bedingungen mundgerecht zu machen, die die Grubenbesitzer ihnen aufzwingen wollen. Der letzte Versuch ist das energische Zureden, den Vorschlag der Bischöfe anzunehmen — jener Männer Gottes, die eben erst herausgefunden haben, daß in den Kohlengebieten Englands etwas vor sich geht und daß über eine Million Arbeiter in einem Kampf auf Leben und Tod um ihre Lebensrechte verwickelt sind. Sogenannte Bergarbeiterführer gehen so weit, defaitistische Ideen vorzutragen und sie benutzen dazu nicht nur ihre gegenwärtige Stellung in der politischen und Gewerkschaftsbewegung, sondern nehmen auch Zuflucht zu der Unternehmerpresse, damit sie jene Ziele, die sie auf dem Herzen haben, besser verwirklichen können.

Die Weigerung der Exekutive der Transportarbeitergewerkschaft, den Transport von Kohle in Großbritannien zu verhindern, ist ein harter Schlag gegen die Hoffnungen der Bergarbeiter, einen baldigen Erfolg zu erzielen. Die Kohlenmenge, die jetzt in Großbritannien gefördert wird, ist bedeutungslos, so daß der Transport von Kohle von britischen Bergarbeitern nicht in Frage kommt. Aber die Gefahr eines immer stärker werdenden Zustromes von Kohle vom Kontinent und von Amerika erfordert es unbedingt, daß Schritte unternommen werden sollten, um den Transport dieser Kohle nach Großbritannien zu verhindern. Ohne ausländische Kohle würde der britische Kapitalismus in der kürzesten Zeit auf die Knie gezwungen werden.

Die reformistischen Gewerkschaftsführer, wie Thomas und Bevan, versuchen, die Schuld der Kohleneinfuhr nach Großbritannien auf die kontinentalen und amerikanischen Arbeiter zu wälzen; auf die Bergarbeiter, weil sie diese Kohle fördern, auf die Seeleute und Hafenarbeiter, weil sie den Transport ermöglichen. Die Zustände in den meisten Gewerkschaften in England in der gegenwärtigen Zeit machen es beinahe unmöglich, daß die Masse der Arbeiter etwas Direktes gegen die offiziellen Wünsche der Führer unternehmen kann.

Und trotz aller dieser vielen, großen Schwierigkeiten halten die Bergarbeiter in ihrem großen Kampf durch, und sie beabsichtigen, auch nicht um ein Jota von ihrer Politik: **Keinen Pennny weniger Lohn, keine Sekunde Arbeitszeitverlängerung,** abzuweichen.

Aber der Kampf wird mit ungeheuren Kosten geführt. In vielen Gegenden ist die Not und der Hunger schrecklich. Die sogenannten Gesetze Englands, die es angeblich unmöglich machen, daß irgend jemand, Mann, Frau oder Kind, verhungern, existieren gar nicht, wie man jetzt sieht. Ueber direkten Auftrag des konservativen Gesundheitsministeriums lassen sich die örtlichen Aemter (Armenräte usw.) dazu herab, die schmutzige Absicht der Kohlenbarone durchzuführen, nicht nur die Bergarbeiter selbst, sondern ihre Kinder und Frauen auszuhungern. Die reaktionären Armenräte verweigern die Auszahlung der Unterstützung jedem, bei dem sie es wagen dürfen.

Junge Männer werden ganz einfach von der Unterstützungsliste gestrichen und müssen sich von ihren ohnehin schon schwer kämpfenden Eltern erhalten lassen. In vielen Gegenden wurden Demonstrationen gegen diese Armenräte organisiert, und die verantwortlichen Personen wurden gezwungen, für die Hungernden des Bezirks zu sorgen. Dort, wo die Armenräte eine Arbeitermajorität haben, hat das Gesundheitsministerium (unter Neville Chamberlain) eine strenge Kontrolle eingerichtet, und dort, wo diese Armenräte die amtlich vorgeschriebene Unterstützung überschritten haben, hat das Ministerium sofort eine Reduktion der Unterstützung vorgeschrieben. Jenen Distrikten, die gezwungen werden, eine Anleihe vom Ministerium anzufordern, um sogar eine reduzierte Unterstützung auszuzahlen, hat das Ministerium die Auszahlung von Vorschuß verweigert, bis seine Instruktionen durchgeführt werden. In einigen Gegenden haben die Armenräte mit einer angeblichen Arbeitermehrheit die Entscheidung des Ministeriums angenommen, ohne auch nur die geringste Opposition zu zeigen, und haben so ihr Einverständnis mit den Unternehmern gezeigt, die zu bekämpfen sie gewählt wurden.

In einigen Distrikten von Südwales, wo die Bergarbeiter besonders klassenbewußt sind, wenden die Kohlenbarone besondere Mittel an, um sie zu unterwerfen. Schulkinder werden nicht ausgespeist wegen kleinlicher Streitigkeiten zwischen den beteiligten Faktoren, und das trotz des Gesetzes über Ausspeisung von Schulkindern, das ganz klare Instruktionen gibt. In einem Falle in Pontypridd in Südwales wurde die wöchentliche Unterstützung von 12 auf 10 Schilling für Frauen und von 4 auf 3 Schilling für Kinder reduziert. Dies wurde durchgeführt, nachdem das Ministerium gedroht hatte, daß es jede weiteren Zuschüsse ablehne. Da der Bezirk sowieso beinahe schon bankrott war, hatte er keine andere Wahl, als sich den Kohlenbaronen zu unterwerfen. Der Grafschaftsrat von Glamorgan (auch in Südwales) hat sich geweigert, die gesetzliche Höchstunterstützung von 1 Schilling 2 Pence pro Tag und Kind zur Ausspeisung der Schulkinder auszuzahlen und zahlt nur 7 Pence, wobei man sagte, daß man sogar bei dieser Summe noch zu viel für die Kinder verschwende. In einem kleinen Bezirk in Yorkshire gibt es 364 schulpflichtige Kinder, aber nur Klassen für 137 Kinder. Trotzdem die Kinder die Schule nicht besuchen können, weil nicht

Eine Rettungsaktion des SPD-Parteivorstandes für die Renegaten der ASPS

In Sachsen hat sich bekanntlich der Kampf der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die 23 Renegaten und ihre Anhänger in den letzten Wochen außerordentlich scharf zugespitzt. Die rechten Führer jedoch sabotierten den Kampf der Arbeiter und bahnten ein gemeinsames Vorgehen mit den Kommunisten, die Renegaten dort zu schlagen, wo sie ihre stärksten Machtpositionen haben, ab. Sie lehnten ab, gemeinsam in den Gewerkschaften mit den kommunistischen Arbeitern eine Kampffront herzustellen, um die Organisationen der Arbeiter von den 23 Verrätern zu säubern. Obwohl die SPD-Arbeiter in den verschiedensten Gewerkschaften gegen die prominenten Renegaten Stellung nahmen, wie erinnern hier an das Vorgehen der Eisenbahner gegen Wirth, der Textilarbeiter gegen Winkler und Heidel und der Fabrikarbeiter gegen Eisner, taten die linken Führer nichts, um diesen Kampf der SPD-Arbeiter gegen die reaktionäre Gewerkschaftsbureaukratie zu unterstützen. Sie waren sichtlich erfreut, als die „Sächsische Gewerkschaftszeitung", das Sprachrohr der 23 zur Täuschung der Arbeiter, versprach, sich in die Parteiauseinandersetzungen nicht mehr einzumischen. Die Gewerkschaftsbureaukratie jedoch holte zum Schlage gegen die Opposition der Arbeiter aus. Der Hauptvorstand des Textilarbeiter-Verbandes ließ durch den linken Jakel erklären, daß die Anträge, Winkler und Heidel ihrer Posten zu entheben, abgelehnt werden. Diese Solidaritätsaktion mit den Renegaten wurde von den ASPS-Leuten mit hellem Jubel begrüßt. Aber nicht nur in den Gewerkschaften, auch im Reichsbanner wuchs die Opposition gegen die sozialdemokratische Führung der Buck, Bethke und Genossen. Mehrere Ortsgruppen forderten den Ausschluß der Minister Heldt und Müller wegen der Hochpäpelung der sächsischen Kleinbürgerverbände. Insbesondere in der Ortsgruppe Dresden kam es zu lebhaften Zusammenstößen zwischen den Arbeitermitgliedern im Reichsbanner und der rechten Führerschaft. Auch in diesen Streit griff die mit den ASPS-Leuten in engster Verbindung stehende rechte SPD-Führerclique ein und ließ durch Hörsing erklären, daß ein Ausschluß der „Republikaner" Heldt und Müller nicht in Frage käme.

Die wachsende Rebellion der sozialdemokratischen Arbeiter in Partei, Gewerkschaften und Reichsbanner hat nunmehr den Parteivorstand veranlaßt, zur Unterstützung der Renegaten in der ASPS eine neue Offensive gegen die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens zu ergreifen. Unter der Rubrik „Aus der Partei" und mit der Ueberschrift „Sächsischer Parteistreit" schreibt der „Vorwärts" vom Donnerstag abend folgendes:

„Der Parteistreit in Sachsen hat einige übereifrige Genossen dazu verführt, gegen die Mitglieder der ASPS (Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens) — so nennt sich die von Seidel, Buck und Genossen gegründete Partei) Anträge auf Ausschluß aus anderen Organisationen und auf Enthebung von ihren Aemtern zu stellen. Gegen einige dieser Genossen (!) war der Ausschluß aus dem Reichsbanner verlangt. Der Vorstand des Reichsbanners hat diese Anträge abgelehnt mit der Begründung, daß das Reichsbanner Mitglieder aller republikanischen Parteien aufnehme, die ASPS aber durch Anerkennung unseres Heidelberger Programmes sich als eine solche bekannt habe ..."

Im weiteren schließt sich der Parteivorstand der Stellungnahme der Gewerkschaftsbureaukraten und des Reichsbannervorstandes auf Ablehnung der Anträge der sozialdemokratischen Arbeiter vollinhaltlich an, wobei er sich ebenso auf die „parteipolitische Neutralität" beruft. Interessant ist, daß vom Parteivorstand die ausgeschlossenen Verräter und Renegaten mit „Genossen" tituliert werden. Mit der alten Phrase von der „parteipolitischen Neutralität", die bisher nur gegen die Kommunisten angewandt wurde, versucht jetzt der Parteivorstand der SPD die Abrechnung der Arbeiter mit den Renegaten zu verhindern und die Position der ASPS-Leute dadurch zu verstärken. Praktisch bedeutet die Stellungnahme des Parteivorstandes eine offene Unterstützung der Renegaten und einen Faustschlag gegen die sozialdemokratischen Arbeiter.

genügend Raum zur Verfügung steht, verbietet das Unterrichtsministerium, daß die 527 Kinder gemäß dem Gesetz zur Ausspeisung von Schulkindern ernährt werden. Aus Schottland, Lancashire, Warwickshire und jedem anderen Kohlengebiet Großbritanniens kommt dieselbe Geschichte von der Brutalität und Indifferenz der Behörden gegenüber den Hungernden. Die Arbeiter Großbritanniens merken jetzt sehr rasch, daß der Staat und alle seine Ämter nur zum Wohl des Kapitalismus existieren und daß die in Krisenzeiten sich offen für die Unternehmer, gegen die Arbeiter einsetzen.

Aber trotz aller Härte, die sie erleiden, sind die Bergarbeiter fest entschlossen und tun ihr Bestes für Frauen und Kinder. Sie kämpfen mit einer Entschlossenheit, die den Erfolg verbürgt. Ihre Front ist geschlossen. Von über eine Million Streikender sind nur 6100 zur Arbeit zurückgekehrt. Die Arbeitsaufnahme dieser 6100 kann man aber keinesfalls als einen Wechsel der Politik der Gesamtheit ansehen. Im schwärzesten Winkel der britischen Kohlengebiete, in Warwickshire, haben denn auch die Arbeiter auf die Aufforderung ihrer Führer hin die Arbeit wieder niedergelegt. In diesem besonderen Falle hatte es sich um Falschmeldungen und Spaltungsversuche der Unternehmer gehandelt.

Die Unternehmerpresse hatte sich das Warwickshirer Kohlengebiet herausgesucht und hoffte, die dortigen Arbeiter leichter niederzuringen. Eine Flut falscher Nachrichten über die Ereignisse in den Kohlengebieten und eine falsche Darstellung der Lage der Bergarbeiter setzte ein. Innerhalb weniger Tage wurde Verwirrung in die Warwickshirer Bergarbeiter hineingetragen, und ein allgemeines Durcheinander erfolgte. Sobald aber die Führer der Bergarbeitergewerkschaft den Arbeitern die Lage richtig erklärten, änderte sich die Situation und sie legten die Arbeit nieder, genau so wie ihre Genossen in anderen Teilen des Landes.

Die Situation ist noch sehr akut. Der neueste Vermittlungsplan kommt von der Kirche. Die Hauptpunkte dieses Vermittlungsvorschlages sind nicht im Einklang mit den Punkten der Bergarbeiter. Die Konferenz der Bergarbeiterdelegierten beschloß in ihrer Sitzung vom 29. Juli, eine Abstimmung über diese Vorschläge in den Bezirken durchzuführen. Südwales, Lancashire und andere Orte haben sich bereits gegen den Vorschlag gewendet, während anderseits die Regierung durch Stanley Baldwin die Bedingungen, die in dem Vorschlag enthalten sind, bereits zum alten Eisen geworfen hat.

Die Gefahr ist sehr groß, und nur rasche Hilfe kann sie beseitigen. Der britische Bergarbeiter braucht keine Sympathie, sondern praktische Hilfe, Geld und Nahrungsmittel, um die Frauen und Kinder zu ernähren; außerdem ein Transportverbot jeglichen Kohlentransports nach britischen Häfen. Das letztere zu erreichen, wird sehr schwer sein, besonders deswegen, weil die englischen Transportarbeiter bis jetzt noch nicht das geringste von sich aus getan haben, um dieses Verbot durchzuführen. Es muß allerdings daran erinnert werden, daß der britische Arbeiter gerade jetzt durch die schwerste Krise in der Geschichte der Arbeiterklasse hindurchgegangen ist. Durch den großen Verrat der reformistischen Führer während des Generalstreiks sind die Gewerkschaften in vielen Fällen gefährdet worden. Die Arbeiter sind niedergeschlagen und erbittert. **Der kleinste Funke, und eine ungeheure Erhebung kann jeden Tag in Großbritannien wieder erfolgen.** Die Regierung des Landes ist sich auch der Gefahr bewußt und als Vorsichtsmaßnahme erneuert sie systematisch den Ausnahmezustand, der ihr ungeheure Vollmachten zur Niederzwingung der Arbeiter gibt. Eine praktische Solidarität der Arbeiter des Kontinents und Amerikas würde den Ball in England wieder ins Rollen bringen und würde weitreichende Folgen haben.

Der britische Bergarbeiter dankt aus tiefstem Herzen für die großartige Hilfe, die ihm die amerikanischen und kontinentalen Arbeiter bis jetzt geleistet haben. Die britischen Bergarbeiter, sie wissen, daß ihnen diese Hilfe geleistet wurde, weil ihr Kampf nicht nur ein nationaler, sondern ein internationaler ist, und sie werden siegen, weil sie sich dessen bewußt sind, daß, wenn sie den Streik verlieren, daraus für die ganze internationale Arbeiterklasse die schwersten Folgen erwachsen würden. Sie senden ihren Genossen in den anderen Ländern Grüße und bitten sie, ihnen jede mögliche Hilfe angedeihen zu lassen. Sie bitten ferner, daß diese Hilfe erweitert wird und daß neben Geschenken von Geld und Nahrungsmitteln der kontinentale Arbeiter alles unternimmt, um den Transport von Kohle nach britischen Häfen während des ganzen Kampfes zu unterbinden. Die britischen Bergarbeiter glauben, daß durch diese Aktion der Sieg rascher und sicherer erfolgen kann und daß dadurch der Weg für einen allgemeinen Angriff auf den Kapitalismus geebnet und daß die Notwendigkeit, die Arbeitsbedingungen mit den hungrigen Magen der Frauen und Kinder zu verteidigen, ein für allemal wegfallen würde.

Genossen! Hört den Ruf der englischen Bergarbeiter, tut euer Bestes, schickt Hilfe, soviel wie möglich und rasch. Verhindert es, daß Kohle nach England kommt, tut euer Teil, um den britischen Bergarbeitern zu helfen, ihre Schlacht und eure Schlacht gegen die stärkste und bestorganisierte Sektion des Kapitalismus der Welt zu gewinnen.

Der deutsch-russische Gefangenenaustausch

Berlin, 17. Aug. (Telunion.) Wie das „Berliner Tageblatt" hört, wird das Abkommen über die Freilassung der in Sowjetrußland gefangen gehaltenen Deutschen und der hier verurteilten Russen Skoblewski wahrscheinlich am Donnerstag in Berlin unterzeichnet werden.

Ausschluß-Kampagne gegen die SPD-Rußlanddelegierten

Der zweite Vorsitzende der SHJ in Leipzig vom Hauptvorstand ausgeschlossen.

Wie unser Bruderblatt in Leipzig, die „Sächsische Arbeiterzeitung", mitteilt, ist der zweite Vorsitzende der SHJ Leipzig, Burkhardt, seitens des Hauptvorstandes wegen seiner Teilnahme an der zweiten deutschen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland für ausgeschlossen erklärt worden. Diese Tatsache ist dem überwiegenden Teil der Mitgliedschaft der SHJ Leipzig, die Burkhardt zu ihrem zweiten Vorsitzenden gewählt hat, bis heute noch völlig unbekannt.

Dieser Vorgang stellt ein neues Beispiel der vielgerühmten „Demokratie" dar, wie sie innerhalb der SPD und der SHJ herrscht. Burkhardt hatte seine Teilnahme an der Arbeiterdelegation ausdrücklich von gewissen Bedingungen abhängig gemacht, um nicht in Konflikt mit seiner Organisation zu kommen. Diese Bedingungen wurden seitens des Einheitskomitees angenommen. Nunmehr erfolgt trotzdem der Ausschluß auf Grund der einfachen Tatsache, daß Burkhardt überhaupt an der Reise teilnahm. Die Angst der sozialdemokratischen Führer in Partei und Jugend vor der Wahrheit über die Sowjetunion ist so groß, daß sie nun dem brutalsten Terror jeder Aufklärung entgegenzuwirken versuchen. Die sozialdemokratische Arbeiterjugend wird sich die Provokationen des Hauptvorstandes nicht widerspruchslos bieten lassen. Die sozialdemokratische Jugend wird den heftigsten Kampf gegen den Ausschluß Burkhardts zu führen haben, der sich gleich richten wird gegen die Lügenmethoden der sozialdemokratischen Führer gegenüber Sowjetrußland und die Sabotage der proletarischen Einheitsfront.

Eine Einrichtung der Republik

Der Herr bayrische Justizminister

Unser Münchner Bruderblatt, die Münchner „Neue Zeitung", ist bekanntlich wegen Beleidigung der Republik auf 14 Tage verboten worden. In der Begründung dieses Verbotes heißt es:

„Die sich aus dem Artikel ergebenden Vorwürfe gegen den Justizminister sollten im Zusammenhang mit dem Artikel in 180 Tage dienen, in der Person des Justizministers der Republik diese selbst zu treffen, es sollte in verächtlicher Weise zum Ausdruck gebracht werden, daß die bestehende Staatsform, aber doch die für sie wesentlichen Einrichtungen, in diesem Falle die Justiz, minderwertig seien. Die Artikel hat durchaus geeignet, den geschilderten Zweck bei den Lesern zu erreichen."

Eine köstliche Formulierung. Wenn man den Justizminister wegen seiner Maßnahmen angreift, greift man die Republik an. Wenn man nächtens einen Gendarmen gegen seine Maßnahmen angreift, muß es logischerweise heißen, daß auch der Versuch gemacht wurde, in der Person des Gendarmen der Republik, die Republik selbst angegriffen sei. Man kann sich das in allen Konsequenzen ausdenken!

Die „Berliner Volkszeitung" meint, daß diese Begründung des Verbotes unseres Bruderblattes geradezu dem Simplissimus entnommen sein könne. Wir sind weit davon entfernt, die Herren der Republik etwa als Karikaturengestalten eines Zeitblattes anzusprechen. Wir könnten sonst vielleicht verboten werden. Sie sind auch keine Wichtigtuergestalten, sie sind Reaktionäre schwersten Kalibers. Wesentlich ist eine Formulierung in dem Verbot, die vielleicht als kleine „Entgleisung" angesprochen werden könnte, nämlich die, wo es heißt, daß eine für die Republik „wesentliche Einrichtung" die Justiz minderwertig sei. Ueber die Qualitäten der Justiz wollen wir heute nicht sprechen, uns genügt nur die amtlich-republikanische Feststellung, daß die Justiz eine wesentliche Einrichtung der Republik ist. Das behaupten wir auch. Und das beweist das Verbot unserer Münchner Zeitung.

Die Teuerung wächst

Die Junker halten das Getreide zurück

Seit dem Januar dieses Jahres ist der Großhandelsindex für Agrarerzeugnisse von 114,5 Prozent der Vorkriegsquelle auf 128,5 Prozent gestiegen. Der Index für Industrieerzeugnisse betrug im Januar 130,4 Prozent und ist bis August auf 129,7 Prozent gefallen. Während also noch im Januar eine „Schere" zugunsten der Industrie von 15,9 Prozent bestand, hat sich das Verhältnis in 7 Monaten vollkommen umgekehrt, und es besteht heute eine Schere zugunsten der Agrarerzeugnisse von fast 5 Punkten.

Im Kleinhandel wirkt sich natürlich dieses Steigen der Agrarerzeugnisse noch viel schärfer aus.

Das Steigen der Getreidepreise, insbesondere des Roggens, setzte in Deutschland genau in dem Zeitpunkt ein, als im Reichstag der Plan der Junker zur Gründung der „Deutschen Getreide-Handelsgesellschaft" beraten wurde. Mit Hilfe von 50 Millionen Staatskrediten, die fast zinslos gegeben wurden, wurde dann auch diese Gesellschaft zur „Roggenpalettisation" ins Leben gerufen, trotzdem inzwischen der Roggen bereits Rekordpreise erreichte und im Juli über 200 Mark die Tonne kletterte. Die Junker erklärten, nach der Ernte würden die Preise wieder stürzen, denn es seien infolge der hohen Steuern und Bankzinsen Notverkäufe zu erwarten. Auch stehe eine gute Welternte in Sicht. Nur durch die Aufspeicherung von einigen 100 000 Tonnen Roggen könne man der Landwirtschaft vor einem schweren Zusammenbruch behüten.

Die Ernte ist inzwischen mit einiger Verspätung in Gang gekommen und fast beendet. Sie ist infolge der vielen Stürme und Hochwasserschäden und des verringerten Düngemittelverbrauchs sogar etwas kleiner als in den letzten vier Jahren. Auf dem Weltmarkt stehen die Weizenpreise immer noch durchschnittlich zwischen 260 und 290 Mark die Tonne auf Hamburg unverzollt. In Deutschland sind die Preise für Weizen an der Berliner Getreidebörse ständig über 280 Mark die Tonne, während Roggen nach anfänglichem Schwanken am 10. August bereits wieder 192 bis 198 Mk. die Tonne geklettert ist.

Woher diese Erscheinung, daß trotzdem die Roggenernte bereits vollendet ist, die Roggenpreise eine solche unerschütterliche Höhe beibehalten? Der Durchschnittspreis im Frieden betrug fürs ganze Jahr etwa 165 Mk. die Tonne, nach der Ernte war er regelmäßig tiefer.

Die Berichte von den Getreidemärkten geben Aufschluß. Am 13. August berichtet z. B. der Handelsteil der „Deutschen Tageszeitung" von der Berliner Produktenbörse folgendes:

„Die heutige Berliner Produktenbörse verlehrte in fester Haltung. Die Angebote der Provinz blieben äußerst klein, während die Nachfrage zugenommen hat... Die Mühlen nahmen verschiedentlich infolge fehlenden einheimischen Materials (von uns hervorgehoben, d. Red.) die Ware aus dem Markt. Weizen wurde nur in sehr geringem Umfange angeboten. Die Mühlen nahmen die Ware in den geforderten Preisen aus dem Markt. In Roggen bleibt das Angebot nach wie vor schwach. Die um ca. 3 Mk. erhöhten Offerten wurden glatt bewilligt. Die Nachfrage konnte bei weitem nicht befriedigt werden..."

Was besagen diese Zeilen? Sie besagen, daß die Junker, die vor allem für die Belieferung der Getreidemärkte jetzt in Frage kommen, planmäßig ihre Vorräte zurückhalten. Und das, obwohl sie angeblich von Steuern und Bankzinsen erdrückt sind und vor Geldnot nicht aus noch ein wissen. Ihre Sabotage erklärt sich jedoch sehr leicht, wenn man bedenkt, daß die Reichsregierung allein ungefähr 200 Millionen Mark Kredite für Lombardierung der Ernte zur Verfügung stellte. Die Herren Junker lassen sich auf ihre Getreidevorräte hin Geld leihen, soweit sie solches gerade nötig haben, und rechnen mit einer weiteren Verteuerung und steigenden Gewinnen. Die kleinen Bauern jedoch, die wirklich in Not sind, sehen von diesen Krediten natürlich nichts und müssen weit unter den offiziellen Börsennotierungen an lokale Spekulanten und an die Lagerhäuser der Genossenschaften verkaufen.

Das Proletariat muß diese Kreditpolitik des Reiches mit verteuertem Brot und verringertem Gewinn bezahlen.

Das Petroleumkapital organisiert den Bandenkrieg

Die Geldgeber der mexikanischen Konterrevolution.

Washington, 17. Aug. (Eig. Drahtbericht.) Unsere Nachricht über die **Unterstützung nordamerikanischer Oelkönige** in der Schaffung **konterrevolutionärer Banden** gegen die mexikanische Regierung **Calles werden durch die Tatsachen** bestätigt. Die beiden auf **amerikanischem Boden befindlichen** konterrevolutionären mexikanischen **Generäle Enrique Estronda und Aurelio Sepulveda sind bei der Aufstellung von Banden** von den Vereinigten Staaten durch **Lieferung von Waffen**, Munition, Panzerautos und **anderen militärischen Ausrüstungen** unterstützt worden. **Estronda ist früherer mexikanischer Kriegsminister** gewesen. Geplant ist, **die Grenzorte zu nehmen** und eine Gegenrevolution gegen die **jetzige mexikanische Regierung** durchzuführen. **Auch die USA-Regierung ist hiervon unterrichtet, die diese Bandenentstehungen zuließ.**

Polnische Angriffspläne gegen Litauen

Berlin, 16. Aug. (Eig. Drahtbericht.) **Nach einer Meldung** der Telegraphenagentur der **Sowjetunion aus Moskau** erklärte der litauische Außenminister **Slaschewitschjus, daß die Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages** mit der Sowjetunion **einen normalen Verlauf nehmen und die Vorbereitung des Handelsvertrages zwischen der Sowjetunion und Litauen erhebliche Fortschritte gemacht habe.** Die Beziehungen zwischen Litauen und Polen **blieben ungeregelt, was verschiedene Konfliktsmöglichkeiten biete und den Boden für etwaige Angriffspläne gegen Litauen schaffe. Die „Iswestija"** weist darauf hin, daß die **Zusammenziehung polnischer Truppen** an der litauischen Grenze **fortdauere und hebt hervor, daß Polen seine** gegen Litauen **gerichteten Pläne nicht aufgegeben**, sondern nur deren Verwirklichung **aufgeschoben habe. Die Gefahr** einer Verletzung des Friedens in **Osteuropa bleibe naheliegend**; die beruhigenden **Erklärungen der polnischen Diplomatie** hätten keine tatsächliche **Bedeutung.**

Der „Vorwärts" **von heute abend meint dazu**, daß der Grund des polnisch-litauischen **Konflikts in der Wegnahme Wilnas** durch Polen zu suchen sei, **kann sich, aber nicht verkneifen**, folgenden Satz loszulassen: „**Ungeachtet aller Moskauer Unkenrufe** ist aber eine **Kriegsabsicht Polens ganz gewiß nicht anzunehmen.**"

Ein neuer Tanger-Konflikt?

Paris, 17. Aug. (Eig. Drahtbericht.) In einem Interview hat General Primo de Rivera **als spanischer Diktator** die Einverleibung von Tanger **in die spanische Marokkozone verlangt.** Da bereits 1912 durch einen **„Ausflug" Wilhelms** des Letzten nach Tanger aus dieser **Frage ein internationaler Konflikt** wurde, der beinahe **früher als 1914 die Brandfackel zum Weltkrieg bildete**, so hat auch heute **der Kampf um Tanger** eine nicht wundere Bedeutung.

Arbeiterfakultät in Moskau

Von Remo.

Als im Jahre 1919 die Universitäten in Rußland nur von bürgerlichen Elementen besucht wurden, beschloß man, den Universitäten eine Arbeiterfakultät anzugliedern.

Die Arbeiterfakultät in Sowjetrußland, kurz „Rabfak" genannt, hat die Aufgabe, aus den Reihen der im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter proletarische Elemente heranzuziehen, um so dem vorherrschenden Einfluß der bürgerlichen Elemente nicht nur Einhalt zu gebieten, sondern denselben vollständig zu brechen. Da die Arbeiterfakultät nur solche Arbeiter als Hörer aufnimmt, die mindestens drei Jahre im Produktionsprozeß stehen, so hat man dadurch die volle Sicherheit, daß ein wirklich proletarischer Nachwuchs für die Universitäten vorhanden ist, der den Einfluß der bürgerlichen Elemente in jeder Beziehung brechen wird.

Jede Universität in Rußland hat heute diese Arbeiterfakultät. So beträgt die Zahl der Studierenden des „Rabfak" allein an der Moskauer Staatsuniversität 1200. Der „Rabfak" besteht hier aus einer Tages- und einer Abendabteilung. Am Tage lernen diejenigen Studenten, die zur Zeit nicht im Produktionsprozeß stehen und meistens Stipendien erhalten. Der überwiegende Teil der Studenten aber steht im Produktionsprozeß. Nachdem diese Studenten den ganzen Tag in der Fabrik gearbeitet haben, kommen sie abends zu den Uebungen usw., die meistens noch sechs Stunden dauern.

Die Studierenden werden vom „Narkompros", dem Volkskommissariat für Aufklärung, bestimmt. Jedes Jahr fordern die Gewerkschaften, die Parteiorganisationen oder die Fabriken die Arbeiter auf, den „Rabfak" zu besuchen. Von den sich meldenden Arbeitern werden die fähigsten aufgenommen, und zwar soweit der Platz reicht.

Die Studierenden stehen meistens im Alter von 20–25 Jahren und sind zu 75 Prozent politisch organisiert. Das Studium selbst beträgt vier Jahre. Der „Rabfak" trägt seinem Programm und seinen Lehrbüchern nach den Charakter eines Gymnasiums. Nach diesen vier Jahren, die die Vorbereitung zum Besuch der Universität dienen, steht den Studierenden die Universität offen.

Die Vorlesungen werden im Gebäude der Universität abgehalten, wie überhaupt alle Einrichtungen der Universität, z. B. Räume, Laboratorium, Bibliothek usw. zur freien Verfügung des „Rabfak" stehen.

Zarenattentäter in Rußland

Lenin charakterisierte das Verhältnis der Bolschewiki zu den alten individuellen Sozialistenterroristen mit den Worten: „Wir billigen ihre Methode nicht, aber wir achten diese Genossen hoch wegen ihres Opfermuts und ihrer Treue." Im Sinn dieser Worte liegt auch die Einstellung der Sowjetstaates zu den noch lebenden hochbetagten Sozialistenterroristen.

Mehrere Kleinhäuser, ein- oder höchstens zweistöckig, die in den Gärten stiller Gassen hineingebaut sind, sind den „Schlüsselburgern", wie man diese alten Sozialisten nennt, in Moskau zum Wohnaufenthalt zugewiesen; für die Sommerzeit stehen in der weiteren Umgebung Moskaus zu allgemeinem Aufenthalt Landhäuser zur Verfügung. Alte Kampfkameraden leben hier in ihren letzten Lebensjahren beieinander, nicht selten in den Gruppen früherer „unterirdischer", illegaler Kampfesgemeinsamkeit. Mit den Wohnungen sind die Lebensbedürfnisse befriedigend sichergestellt, und für ganz persönliche Bedürfnisse dient ein Monatsgehaltsgeld von durchschnittlich 50 Rubeln, sofern nicht besondere Ehrenzuwendungen dasselbe erhöhen. Und so gehen die Lebenstage hin ohne materielle Sorgen, mit selbstgewählten Inhalten, ohne Gewissensdramatisierungen und bei gegebenen Gelegenheiten mit tiefempfundenen Ehrungen!

Wera Figner, die geistig und körperlich Rüstige in diesem Kreise, treibt unermüdlich selbstorganisierte soziale Hilfsarbeit, zwischendurch hat sie im Staatsverlag ihre Lebenserinnerungen erscheinen lassen, die durch die Verknüpfung ihres ganzen Seins mit der erwählten Lebensaufgabe zu einer Geschichte der russischen Revolutionsbewegung der Jahre 1875 bis 1885 geworden ist. Was Wera Figner veröffentlicht hat, ist urtreues Erleben; sie ist kein „Werkzeug" bolschewistischer Geschichtsmacherei, wie vielleicht manche Vermutung anzunehmen nur zu geneigt sein dürfte. Man lese „Das Attentat auf den Zaren", das eine deutsche Teilveröffentlichung dieser Erinnerungen darstellt (und im Malik-Verlag, Berlin, erschienen ist, der späterhin auch die Gesamtausgabe der Wera Fignerschen Schriften besorgen wird).

Mit diesen Lebenserinnerungen der Wera Figner ist im Sowjetstaat eine Zeit wieder lebendig geworden, deren Größe und Bedeutung für die Revolution des Oktober-November 1917 nur zu schnell in Vergessenheit zu geraten schien. In Leningrad, dem ursprünglichsten Felde der Sozialistenterroristen, ertönten Straßennamen an die einzelnen Helden jener Epoche, die Ekaterininstraße an den heldenmütigen Schlosserlehrer, die Perowskaja und die Michailowskaja an die Gehenkten des Zarenattentats von 13. März 1881 (alten Stils).

Die Behandlung und gelegentliche Ehrung der Sozialistenterroristen, deren Methode Lenin nicht billigte, aber voll Achtung war von den Qualitäten dieser Menschen, wird hinüberführen zum Verständnis und zur Heranziehung zur Mitarbeit auch der diktaturgegnerischen Sozialisten. Die Entwicklung zu diesem nur wünschbaren Ziele wird nicht im Eiltempo vor sich gehen, ist aber doch angedeutet in vielen und nicht unbedeutenden Erscheinungen des neuen Rußlands."

Diese Zeilen sind nicht etwa einer bolschewistischen Propagandaschrift entnommen, sondern einem Aufsatz gleicher Ueberschrift von Oswald Zienau in der „Leipziger Volkszeitung" vom 27. Juli. Sie zeigen in der treffendsten Weise den Schwindel auf, der auch in der „Leipziger Volkszeitung" und anderen SPD-Organen über die Terrormethoden der Sowjetregierung gegen Sozialrevolutionäre grassierte.

Bücher-Ecke

August Bebel. Auswahl aus seinen Reden mit Einleitung von Kurt Kersten. (Redner der Revolution, Band 10.) Neuer Deutscher Verlag, Berlin NW 7. Geschenkausgabe, stark kartoniert M. 1.—. Endlich liegen auch die langerwarteten Auszüge aus dem rednerischen Gesamtwerk von August Bebel als Buchausgabe in der schönen Reihe „Redner der Revolution" vor, die schon manches wichtige Werk der revolutionären Vergangenheit von neuem belebten. Die knappen Auszüge, die Kurt Kersten mit großer Sachkenntnis traf, zeigen August Bebel als den, der er wirklich war, der große Führer des werktätigen Volkes innerhalb der alten Sozialdemokratie. Sie zeigen aber noch viel mehr: Bebel als den unbeirrbaren Klassenkämpfer, der sich scharf gegen jeden Revisionismus wandte, dem unversöhnlichen Feind der bürgerlichen Gesellschaft. Manche Worte Bebels, die damals das Gelächter der bürgerlichen Abgeordneten im Reichstag hervorriefen, sind heute durch die Entwicklung voll bestätigt. Darüber hinaus begeistert uns ihr Schwung, ihre Kraft, ihr Tempo, ihr Witz und ihr Sarkasmus. Die Sätze strömen einher wie gewaltige Wellen. Kurt Kersten hat dem Bändchen eine knappe Vorrede beigegeben, die die Gestalt Bebels trefflich umreißt. Jeder Werktätige wird dieses Buch seines großen Führers gern besitzen wollen.

Beilage — Dienstag, den 17. August 1926

Arbeiterstimme

Nr. 179 — 2. Jahrgang. — Tageszeitung der KPD.

Die letzte Rede des Genossen Dzershinski

im Plenum des Zentralkomitees und der Zentral-Kontrollkommission der KPdSU

Nachstehend veröffentlichen wir nach dem Text der „Prawda" die letzte Rede des Genossen Dzershinski, die eine Diskussionsrede über wirtschaftliche Fragen in der Sowjetunion war. Die Redaktion.

Genossen, ich muß sagen, bei dem Referat des Genossen Kamenjew und dem Ergänzungsreferat des Genossen Pjatakow bin ich im höchsten Grade überrascht von dem Umstand, daß der eine von ihnen in seiner Eigenschaft als Volkskommissar für Handel . . .

Kamenjew: „Ich bin als Referent des Politbureaus aufgetreten."

Dzershinski: . . . . und der andere als Stellvertreter des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates — vollständiges Unkenntnis und Unbewandertsein in den Fragen zeigten, die sie hier behandelten. Und in der Tat, nehmen Sie einmal die Ausführungen des Volkskommissars für Handel von dieser Tribüne aus. Um Ihnen von den Gefahren des Privatkapitals zu erzählen — „wer den anderen unterkriegt" —, zitiert er Ihnen aus der „Ekonomitschesskaja Schizni" den Bericht über die Sitzung des Kondjunkturinstituts und über das Referat des Genossen Kuiler. Wir wissen, daß das Volkskommissariat für Innen- und Außenhandel jener Apparat und jenes Organ eine vollkommen bewegte Dynamik bereitstellen sollte. Genosse Kamenjew jedoch führte statt dessen hier in seiner Rede einen Auszug aus einem Artikel der „Ekonomitschesskaja Schizni" an und legte dabei seine vollständige Unkenntnis und sein Unverständnis in dieser Frage zu Tag.

Wahrhaftig, wovon ist hier die Rede? Hier ist die Rede davon, daß

das eigene Kapital der Privatunternehmer

sich auf Millionen Rubel beläuft, während sich ihr Gewinn auf Millionen Rubel beläuft. Und zwar welcher Gewinn, Genosse Kamenjew? Der Bruttogewinn, der sowohl Arbeitslohn als auch Unterhalt aller Privatunternehmer enthält. Wenn wir die Anzahl aller privaten Händler, um die es sich handelt, nehmen, und diese Zahl drückt sich in Hunderttausenden von Unternehmungen aus, wenn wir diese Hunderttausende von Unternehmungen mit der Zahl der Familienmitglieder multiplizieren, so bleibt von dem kolossalen Gewinn, von dem schon Genosse Kamenjew die Hälfte in Abschlag brachte (er selbst sagt, daß diese Statistik gar nichts tauge), eine lächerlich winzige Akkumulation übrig. Genosse Kamenjew hat diese Ziffern, die im Referat des Genossen Kuiler angeführt sind, ganz und gar nicht verstanden. Genosse Pjatakow aber, der als Stellvertreter des Vorsitzenden des Obersten Volkswirtschaftsrates alles wissen müßte, sprach hier von Reingewinn, indem er die grundsätzlich unrichtiger Berechnungsmethoden bediente.

Ich will Ihnen erzählen, was für Berechnungsmethoden das sind. Ich will ein Dokument bekannt geben, das auf meine Forderung hin ausgesandt kam, denn ich befasse mich mit der Handelsarbeit unmittelbar: ich kämpfte um die Regelung des Handels mit den Genossenschaften; ich kämpfte mit dem Volkskommissariat für Handel, ich bleibe diesem auf den Fersen, ich beobachte es. Nachdem er sich in dem Memorandum, das ihm in die Hände gefallen war, nicht zurechtgefunden hat, ließ Genosse Pjatakow das Memorandum von der Tribüne herabplumpen. Ich spreche von den 46 Prozent und den 11 Prozent. Denken Sie bloß, eine Akkumulation von 600 Millionen Rubel in einem Jahr möglich wäre — welch kolossale Kapitalien wären da in privaten Händen? Wenn die reine Akkumulation 600 Millionen Rubel ausmachte, wie hier Genosse Pjatakow sagte, könnte er Kuiler davon sprechen, daß die Privatpersonen einen Gewinn von 600 Millionen Rubel haben? Könnte denn da die Rede davon sein, daß die Privatunternehmer 426 Millionen eigenes Kapital besitzen? Man muß denn doch bei dieser Frage die richtigen Enden verbinden. Wir sind nicht gerade arm an Daten in der Frage des Anwachsens und der Dynamik des Privatkapitals. Das Politbureau hat mich zum Vorsitzenden der Kommission ernannt. Und ich muß mich auf Grund dieses Postens mit diesen Daten befassen.

Welche Tabelle ist es denn, auf die sich Genosse Pjatakow bezieht?

„Im vergangenen Jahre wurden bei folgenden sieben Branchen — und zwar in der Textil-, Metall-, Naphtha-, Zucker-, Tabak-, Kerzen- und der Tabakbranche — durch Privathändler durchschnittlich 46 Prozent von der Gesamtmenge verkauft, die in den Detailhandel kamen.

Diese 46 Prozent, zu Ihrer Informierung, Genosse Pjatakow, machen nicht Ihre zwei phantastischen Milliarden aus, sondern im ganzen 940 Millionen Rubel. Von der gesamten Warenmenge, die in den Detailhandel kam, verkaufte der Privathändler für 940 Millionen Rubel von zwei Milliarden. Das sind die Hauptdaten."

Zwischenruf Pjatakows: „Davon sprach ich überhaupt nicht."

Dzershinski: „Sie haben von diesen 46 Prozent und von den 11 Prozent nach der planmäßigen Verteilung gesprochen."

Zwischenruf Pjatakows: „Ich habe von anderen Daten gesprochen, aber nicht von diesen."

Dzershinski: „Nein, gerade von diesen Daten. Haben Sie die Güte, mir diese anderen Daten zu verschaffen, wenn Sie von anderen gesprochen haben. Sie haben gesagt, daß Sie nach dem Verteilungsplan 11 Prozent beliefern, der Privathändler aber hat im ganzen 46 Prozent. Das ist eben das gleiche Dokument.

Nun von den Engrospreisen.

Auch hier dieselbe Unbildung und Unkenntnis; die Engrospreise wurden von uns nicht um 37 Prozent herabgesetzt, wie Pjatakow behauptete, sondern um 27 Prozent. Welches waren denn die Aufschläge auf die Engrospreise? Die Aufschläge auf diese Erzeugnisse waren ganz und gar andere, nicht die, von denen Genosse Pjatakow spricht, denn der Zuschlag von 62 Prozent bezieht sich nicht auf das vergangene Jahr, sondern erst auf die allerletzte Zeit — er bezieht sich auf diese Zeit, als wir den Privathändler wegen Warenmangels ins Bockshorn jagten, als er genötigt war, zu überzahlen, Arbeitslose aufzunehmen, sie zahlreich anzustellen, sie zu bezahlen, als er genötigt war, für die ganze Unwirtschaftlichkeit in unseren Handelsorganisationen aufzukommen. Ich will Ihnen alle Andere anführen, die im vergangenen Jahr im Privathandel für die Bedarfsartikel galten. Am 1. Oktober 1923, als unsere Engrospreise sehr hoch waren, war der Zuschlag im Privathandel nur 8 Prozent, am 1. Oktober 1924 machte er schon 42 Prozent im Privathandel aus, am 1. Oktober 1925 betrug er 51 Prozent. Wo sind denn diese 62 Prozent? Dann geht es weiter. Nach Monaten: 54 Prozent, 58 Prozent, 56 Prozent, 56 Prozent, 57 Prozent, 62 Prozent."

Zwischenruf Pjatakows: „Ich spreche von durchschnittlich 46 Prozent."

Dzershinski: „Genosse Pjatakow hat seine Unkenntnis schon an den Tag gelegt, und deshalb darf er schreien . . ."

Zwischenruf Trotzkis: „Doch Sie haben immer Stillschweigen bewahrt. Genosse Dzershinski."

Dzershinski: „Ich denke folgendes: Sie sind Zeugen dafür, und zwar nicht nur einen Tag, wie die Minderheit die Mehrheit aus dem Gleichgewicht bringen will, und ich werde auf solche Regungen nicht achten, denn, je mehr Aufmerksamkeit wir diesen Ausfällen schenken, um so mehr geben wir damit der Opposition die Möglichkeit, unsere praktische Arbeit zu desorganisieren."

Zurufe: „Richtig!"

Dzershinski: Also welche Preisaufschläge gab es auf dem freien Markt? Im April haben wir: bei Zeug 74 Prozent, bei Nägeln 83 Prozent, bei Petroleum 26 Prozent, bei Galoschen 41 Prozent, bei Zucker 7 Prozent, bei Sonnenblumenöl 41 Prozent, bei Tabak (Knaster) 31 Prozent, bei Zündhölzchen 22 Prozent. Dies im freien Handel. Welche Preisaufschläge nun gab es bei uns in unserem genossenschaftlichen System? Nach den Angaben des „Zentrosojus" (Genossenschaftszentrale) zum 1. März: bei Zeug 36 Prozent, wobei die 36 Prozent nicht Aufschläge auf den Fabrikpreis, sondern auf den Preis des „Zentrosojus" sind; folglich, wenn wir sie von unseren Fabrikpreisen berechnen würden, so wären die Prozente höher. Bei Zwirn 38 Prozent, bei Galoschen 32 Prozent, bei Eisen 42 Prozent usw. usw. Sie sehen also, daß der Unterschied zwischen den privaten und unseren genossenschaftlichen Handelsorganisationen nicht so bedeutend, so ungeheuer ist, als daß er davon zeugen könnte, welche ungeheuer große Akkumulation in privaten Häusern vor sich geht. Man muß folgendes sagen, daß das Gebiet, dem Genosse Kamenjew als Volkskommissar vorsteht, das ungeregeltste ist; es zehrt am meisten an unserem Nationaleinkommen. Wo ist hier die Entwicklung unserer Industrie? Genosse Pjatakow schlägt mit der ihm eigenen Energie alle Mittel vor, woher sie auch kämen, um das Grundkapital in die Höhe zu treiben. Doch gerade eine solche Einstellung, bedeutet sie nicht die Preisgabe von Positionen an das Privatkapital? Wenn wir in unseren Industrie- und Handelsorganisationen die Zirkulationsmittel herausnehmen und in Grundkapital verwandeln, ist es klar, daß der Privathändler auf dem Markt das Zirkulationsprozesses bemächtigt. Wenn wir den

Kampf mit der privaten Akkumulation,

mit dem Privathandel führen wollen, welche Maßnahmen müssen da von unserer Partei und dem Politbureau ergriffen werden? Diese Maßnahmen sind: Regelung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Genossenschaften und Industrie, Stärkung der Genossenschaften nach allen Kräften. Dies jedoch nicht mit Methoden, die ihre Mängel verdecken — ich bin der größte Feind solcher Methoden, wie ich auch der Feind der Methoden bin, die Genosse Pjatakow hinsichtlich der Industrie vorschlägt, der sich die Sache so vorstellt, daß in der Industrie alles günstig steht — nur gebt uns mehr Geld! Ebenso notwendig ist die Regelung unseres genossenschaftlichen Handels, die Verwirklichung der diesbezüglichen Bestimmungen des 13. Parteitages und die gründliche Regulierung in Hinsicht auf das Privatkapital, der Privathändler. Dies gibt uns die Möglichkeit, die private Akkumulation aufzuhalten und uns umzusehen, auf welchem Gebiet sich das Privatkapital stärkt und wächst. Wenn man von seinem Anwachsen überhaupt spricht, so ist es nicht richtig, doch gibt es Teilgebiete, auf denen es wächst und sich entwickelt. Dies sind gerade jene Abschnitte, die Genosse Kamenjew beherrscht, das Gebiet der Getreidebeschaffung seitens der Bauernschaft."

Zuruf: „Sprechen Sie vom Großhandel?"

Dzershinski: „Was den Großhandel betrifft, so hat der Oberste Volkswirtschaftsrat mit Hilfe seiner Syndikate den privaten Händler aus dem Großhandel so sehr verdrängt, daß dieser dort nur eine unbedeutende Rolle spielt.

Wo ist der Privathändler stark?

In der Getreidebeschaffung, in der Lederbeschaffung, d. h. in jenem Gebiet, welches sich unter der Verwaltung des Genossen Kamenjew befindet. Doch er kommt hierher und weint, daß bei uns alles elend stünde: Der Bauer werde reich, sein Wohlstand vermehre sich. Genosse Pjatakow aber spricht davon, daß das Dorf sich bereichere. Dieses Unglück! Unsere Staatsmänner, Vertreter der Industrie und des Handels vergießen Tränen über den Wohlstand des Bauern. Doch was für ein Wohlstand: Hundert Millionen Bauern haben 400 Millionen Rubel, also vier Rubel pro Kopf akkumuliert!"

Lachen. Zurufe: „Noch weniger!"

„Genosse Pjatakow sagt, das Dorf überhole uns. Wenn wir die Ziffern unserer Entwicklung vergleichen, so haben wir in der Industrie, in den letzten zwei Jahren, ein Anwachsen von 60 Prozent und von 40 Prozent. Wie groß aber ist

der Prozentsatz des Wachstums der Landwirtschaft?

Da führt Genosse Kamenjew Daten an:

„Seht, um 2½ Milliarden hat der Bauer im vergangenen Jahr Waren bekommen, jetzt aber gibt man ihm Waren im Werte von 3600 Millionen."

Da frage ich, zu welchem Preise? Zu Detailpreisen. Doch was bedeuten die Detalpreise für den Bauern? Ist es Ihnen denn nicht bekannt, Genosse Kamenjew, welches Verhältnis zwischen den Verkaufspreisen des Bauern und den Preisen, für die der Bauer die Industrieerzeugnisse bekommt, besteht? Mußte denn Ihre Aufmerksamkeit sich nicht auch auf diese Seite richten? Was ist denn hier die Frage, worum handelt es sich? Und da tritt das Programm des Genossen Pjatakow auf die Szene, ein sinnloses, antisowjetistisches, antiproletarisches Programm, das auf die Erhöhung der Fabrikpreise gerichtet ist. Dies heißt die Liquidierung unseres Kampfes um die Herabsetzung der Detailpreise. Er wirft ganz und gar alles über den Haufen, was er früher gesagt hat, daß wir in der USSR als sozialistischer Vortrupp mit den ausländischen Preis- und Qualitätskoeffizienten usw. auf gleiche Höhe kommen müssen, sonst würden wir geschlagen werden. Genosse Pjatakow hat das vergessen, hat das Unglück vergessen, das unsere Entwicklung behinderte, das Unglück, daß bei uns die Sache der Preisherabsetzung nicht in Ordnung gebracht worden ist.

Schade, daß Genosse Kamenjew uns nicht erzählt hat, warum es bei uns Getreide, aber keinen Export gibt. Warum ist das so? Deshalb doch, weil bei uns die Preise so hoch sind, gibt es keinen Export. Deshalb, weil gar kein Interesse besteht, das Getreide ins Ausland zu verkaufen. Warum hat Genosse Kamenjew uns hier nicht erzählt, welch verrückte, wahnsinnige Unkosten unseren Getreideaufbringungsapparat belastet? Warum hat er uns nicht davon erzählt, daß diese hohen Preise, die wir haben, nicht dadurch bestimmt werden, daß bei uns im Handel und in der Industrie eine größere Akkumulation existiert, sondern dadurch, daß wir unsere Wirtschaft in entsetzlicher Weise unökonomisch führen? Zum Beispiel aus der Praxis des Genossen Pjatakow. Bei uns werden, wie Sie sehen, Pläne für 5 Jahre für die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft ausgearbeitet. Unter anderem mußte ich mit einem von diesen näher bekannt machen. Es ist der Plan bezüglich der Gummiindustrie. Nach diesem Plan war vorgesehen, daß wir in der Automobilreifen- und Galoschenproduktion ein gewisses Niveau erst im Jahre 1930 erreichen könnten, da aber der Bedarf bis zu dieser Zeit größer werden würde, als die technischen Möglichkeiten der tätigen Unternehmungen, so müßten wir in Jaroslawl eine neue Fabrik bauen, für die 42 Millionen Rubel ausgegeben werden müssen. Mehr als 2 Millionen Rubel sind schon für die Beschaffung von allerlei Materialien usw. verausgabt. Ich rede von der Unwirtschaftlichkeit, für die ich selbst die Verantwortung trage (Pjatakow macht eine Replik, die aber wegen des allgemeinen Lärms nicht zu hören ist). Sie selbst haben sich geirrt, doch ich bin verantwortlich für den Obersten Volkswirtschaftsrat und für Sie. Deshalb sage ich mich nicht von unseren Fehlern los und deshalb scheint es, daß das, was wir durch das fünfjährige Programm zu erreichen dachten, wir jetzt schon ohne jeglichen Neubau erreichen, und jene Verbesserungen, die augenblicklich durchgeführt werden können, können einen kolossalen Zuwachs unserer Produktion in allen Zweigen ergeben.

Ich will noch eins sagen, weil Genosse Pjatakow sagte, daß ich von seinem Gebiet spreche; ich will von meinem eigenen Gebiet sprechen, wo ich unmittelbar Vorsitzender bin, von der Metallzentrale. Bei der Metallzentrale haben wir in diesem Jahr 45 Millionen Rubel umsonst hineingesteckt, wie dies augenblicklich sich zeigt. Für allerhand Halbfabrikate, für allerlei Vorräte, die dem Programm nicht entsprachen, haben wir gegen 45 Millionen Rubel hineingesteckt.

Aber wenn Sie sich unseren ganzen Apparat ansehen, wenn Sie unser ganzes Verwaltungssystem ansehen, wenn Sie unseren unerhörten Bureaukratismus, unsere unerhörten Scherereien mit allen möglichen Uebereinkommen ansehen, da gerate ich geradezu in Entsetzen. Nicht bloß einmal bin ich zum Vorsitzenden des Rates für Arbeit und Verteidigung und des Rates der Volkskommissare gegangen und habe gesagt: Nehmt meine Demission, oder übergebt mir irgendeine Funktion in der Staatsbank, oder übergebt mir das eine und das andere, denn es gibt so viele Uebereinkommen, daß man keine Frage entscheiden, daß man so nicht arbeiten kann. Wir haben die Kampagne für die Herabsetzung der Detailpreise aufgenommen."

Vorsitzender: „Die Redezeit ist abgelaufen. Wieviel Zeit brauchen Sie noch?"

Dzershinski: „10 bis 15 Minuten."

Zurufe: „Wir beantragen unbeschränkte Redezeit!"

Dzershinski: „Genossen! Wenn man fragt, „wer den andern unterkriegt", die Staatswirtschaft das Privatkapital oder umgekehrt, wenn man fragt, auf wessen Kosten, dann möge unser Volkskommissariat für Handel zusehen, daß derjenige reich werde, der uns nötig ist, es möge aber nicht von dieser Tribüne aus sagen, daß das Dorf überhaupt reich werde."

Zwischenruf **Kamenjew:** „Daß Dzershinski nicht 45 Millionen Rubel umsonst hineinstecke."

Dzershinski: „Ja, daß Dzershinski nicht 45 Millionen Rubel umsonst hineinstecke. Ja, ja!"

Kamenjew: „Sie sind schon 4 Jahre lang Volkskommissar, ich aber erst einige Monate."

Dzershinski: „Und wenn Sie es 44 Jahre lang sein werden, werden Sie auch nichts taugen (Lachen), weil Sie sich mit Politisieren beschäftigen, aber nicht mit Arbeit. Doch Sie wissen ausgezeichnet, worin meine Kraft besteht. Ich schone mich nicht, Genosse Kamenjew, niemals. (Zurufe: Richtig!) Und deshalb liebt ihr mich hier alle, weil ihr mir vertraut. Ich mache niemals ein Hehl daraus: wenn ich sehe, daß bei uns Unordnung herrscht, so stürze ich mit aller Kraft darauf. Allein damit fertig zu werden, fällt mir schwer, deshalb bitte ich euch um Hilfe, und ich bin aufs tiefste überzeugt, daß wir, wenn das Volkskommissariat für Handel in einem Kommissariat mit uns vereint wäre, die Angelegenheit der Preisherabsetzung und der Verbesserung des Apparats bedeutend rascher vorwärts brächten.

Ja gewiß, das Politbureau weiß, es zweifelt nicht daran, daß das Volkskommissariat für Handel zum Schutze der Bauernschaft geschaffen worden ist. Wie denn, zum Schutz der Bauern? Doch wer führt die Politik der Preisherabsetzung? Wer sagt, die Preise brauchen nicht erhöht zu werden? Zu Ehren des Obersten Volkswirtschaftsrates muß gesagt werden, daß er die ganze Zeit auf seinen Schultern die Direktive der Preisherabsetzung getragen hat, zu seinen Ehren muß gesagt werden, daß er diese Direktive durchgehalten hat. Genossen Pjatakow zur Ehre aber muß gesagt werden, daß er uns an der Durchführung dieser Direktive nicht gehindert hat.

Petrowski: „Ist das alles, auch dafür schönen Dank."

Dzershinski: „Wenn man von Akkumulation spricht, muß man sagen, auf wessen Kosten sie vor sich ging. Genosse Kamenjew hat die Warenverteilungsziffern zwischen Stadt und Land angeführt, jawohl, aber er vergaß das eine, daß das Dorf bettelarm war, daß im Dorf zu einem bedeutenden Grade Naturalwirtschaft herrschte, jetzt aber die Warenwirtschaft von Tag zu Tag wächst und die Arbeit deshalb sich spezialisiert; die technischen Kulturen wachsen immer mehr und mehr, und immer mehr und mehr wächst auch

der Warenaustausch zwischen Stadt und Land.

Deshalb sage ich: man muß das Land industrialisieren, aber das wird nicht gelingen, wenn wir nicht in immer größerem und größerem Maße Produkte aus der Landwirtschaft erhalten. Warum? Darum, weil wir aus dem Dorf Rohstoffe brauchen, weil wir Brot brauchen, weil wir Getreide brauchen, weil wir Häute brauchen, weil wir Kartoffeln, Wolle brauchen, weil wir Landesprodukte brauchen. Man kann das Land nicht industrialisieren, wenn man mit Schrecken von dem Wohlstand des Dorfes spricht. Ich frage: was bedeutet der Wohlstand des Dorfes im Vergleich zu der Entwicklung, die unsere Industrie hinsichtlich der Befriedigung der Bedürfnisse unserer Arbeiter genommen hat?

Der gesamte Lohnfonds in der staatlichen Schwerindustrie

d. h. der Fonds, der nicht alle Arbeiter umfaßt, sondern nur 1 420 000 im Oktober 1924, am 1. April aber 1 904 000 Menschen, ist von Oktober 1924 bis April 1926 von 59 Millionen auf 104 Millionen monatlich gewachsen, d. h. er hat sich fast verdoppelt. Wie kann man da die Stadt mit dem Dorf vergleichen? Ich weiß wirklich nicht, wie dieses Verhältnis zu bezeichnen sei. Wenn man

das Anwachsen des Arbeitslohnes eines Arbeiters

nimmt, so betrug der Tagelohn im Oktober 1924 1 Rubel 69 Kopeken im Durchschnitt bei der gesamten Industrie, im März d. J. 2 Rubel 38 Kopeken, in der Metallindustrie 1 Rubel 87 Kopeken bzw. 2 Rubel 78 Kopeken, in der Textilindustrie 1 Rubel 86 Kopeken bzw. 2 Rubel 61 Kopeken, in der chemischen Industrie 1 Rubel 40 Kopeken bzw. 2 Rubel 40 Kopeken usw.

Aus all dem Gesagten ersehen Sie, wie der Arbeitslohn gewachsen ist. Da aber das Volkskommissariat für Handel nicht genügend zögelt, so kamen die Opfer, die die Industrie brachte, bei der Erhöhung des Budgets des Arbeiters nicht vollständig zum Ausdruck, indem sich die Kaufkraft des Geldes, das die Industrie dem Arbeiter gab, verminderte.

Und deshalb werden Sie, wenn Sie die graphische Darstellung betrachten, wie der Reallohn anwuchs, sehen, daß dank dieser hohen Detailpreisen, d. h. dank der Ungeregeltheit unseres Handels, der reale Arbeitslohn während der fünf Monate faktisch ein wenig gewonnen ist. Deshalb also ist es notwendig, anstatt sich in Unterhaltungen über den Arbeitslohn im allgemeinen einzulassen, daß man sich lieber mit der Senkung der Detailpreise beschäftigt. Doch wenn wir Vorschläge bezüglich der Einschränkung des Privatkapitals einbringen, winkt das Volkskommissariat für Handel ab. Es hat Angst, daß da die „Rep" etwa gestört würde, daß sie irgendwie zu Schaden käme.

Zwischenruf des Genossen **Pjatakow**, der aber unverständlich bleibt.

(Fortsetzung auf Seite 6)

Dresden

17. August 1925: Streik der englischen Heizer und Matrosen gegen Lohnkürzungen. — Faschistische Ausschreitungen gegen Zionistenkongreß in Wien. — 1929: Eröffnung einer Landarbeiter-Internationale in Amsterdam. Beginn der russisch-polnischen Friedensverhandlungen. — Erster militärischer Zusammenstoß zwischen England und Sowjetrußland in Nordpersien. — 1867: Leo Jogiches in Wilna geboren.

Kinderfest der IAH

Die Internationale Arbeiterhilfe hat den Arbeitern Dresdens und Umgegend schon so manchmal die Festigkeit und Stärke ihres Apparates durch gut vorbereitete und durchorganisierte Veranstaltungen bewiesen. Wir erinnern hier an die Soermus- und Balalaika-Konzerte, die verschiedensachen Kundgebungen mit in- und ausländischen Rednern, und doch müssen wir gestehen, der IAH ist es noch nie gelungen, als selbständige Organisation derartige Massen von Erwachsenen und Kindern auf die Beine zu bringen, wie am vergangenen Sonntag. Es ist dies ein Zeichen, daß sich die Internationale Arbeiterhilfe unter den Dresdner Arbeitern immer größere Sympathie verschafft.

Das Lokal, in welchem das Sommer- und Kinderfest stattgefunden hat, erwies sich als viel zu klein, um alle Herbeiströmenden aufzunehmen. Die vorgesehenen Kinderspiele konnten auf Grund dessen auch nicht so zur Entfaltung kommen, wie geplant war. Man mußte zur Durchführung des eigentlichen Festprogramms für die Kinder in den Nachmittagsstunden die inneren Räume des Gasthofs mit verwenden.

Den verschiedensten Arbeiterorganisationen (Arbeitersamariterverein Zschachwitz, Arbeitergesangverein Zschachwitz, RFB Heidenau und Zschachwitz, Mandolinenverein Rigoletto), die mithalfen, das Fest aufzuziehen, sei hiermit im Auftrag der Intern. Arbeiterhilfe der beste Dank ausgesprochen.

Gegen 1000 Kinder haben am Kinderfest teilgenommen. Es war ein Fest der Kinder der erwerbslosen Proletarier. Mehr als die Hälfte waren Kinder von Erwerbslosen. Für die Teilnehmerkarte haben die Kinder erhalten einen Trinkbecher, Kaffee und Kuchen und Lampions. Das Fest verlief auch nicht in dem sonst bei Kinderfesten üblichen Klimbim. Den Abschluß des Kinderfestes bildete ein imposanter Fackelzug, an welchem sich jung und alt, insgesamt gegen 2000 Personen, beteiligten.

Wieviel solcher Kinderfeste veranstalten proletarische Organisationen jedes Jahr. Wäre es nicht angebracht, dieselben alle zusammenzulegen zu einem einheitlichen großen Volksfest, an welchem sich alle Organisationen beteiligen, die mit der Intern. Arbeiterhilfe sympathisieren?

Aufgabe der IAH ist es, die mit ihr sympathisierenden Massen organisatorisch zu erfassen, um somit die anderen Aktionen durch eine starkausgedehnte Organisation besser durchführen zu können. An alle mit der Arbeiterhilfe Sympathisierenden ergeht somit erneut der Ruf: Schließt euch an dem Bund der Freunde der Internationalen Arbeiterhilfe!

Abendwanderung der proletarischen Freidenker. Die G. p. F., Gruppe Friedrichstadt, veranstaltete am 14. August eine Abendwanderung in die Dresdner Heide. Unter den Klängen der Musik zogen Mitglieder und Gesinnungsfreunde hinaus in den feierlich-stillen dunklen Wald entlang des plätschernden Bächleins. Durch romantische Schlachtenwege, vorbei an einem rauschenden, polternden Wasserfall, wanderten wir dahin. Ueber uns der dunkle Himmel mit seinen blitzenden Sternen und in uns allen das Bewußtsein, hier draußen in der freien Natur frei zu sein unter freien Menschen. So wollen wir uns immer fester gemeinschaftlich zusammenschließen, denn der abseitsstehende Proletarier, der keinen innerlichen Zusammenhang mit der Bewegung hat, wird niemals imstande sein, unser Ziel, die Befreiung der Menschheit, tatkräftig zu fördern. Darum, Genossen, kommt zu allen Veranstaltung und Versammlungen, helft mit an dem inneren Ausbau unseres Organisationslebens!

Vorübergehende Nachtwagenumleitung. Wegen Auswechslung von Leitungsdrähten werden in der Nacht vom 17. zum 18. August die Nachtwagen nachstehender Linien in beiden Richtungen umgeleitet: Linien 1 und 5 zwischen Sachsenplatz und Hauptbahnhof über Rauhbachstraße, Stübelplatz, Lennéstraße, Wiener Straße; Linien 2 und 22 zwischen Stübelplatz und Großmarkthalle über Rauhbachstraße, Sachsenplatz, Terrassenufer, Postplatz, Ostraallee; Linie 18 zwischen Sachsenplatz und Postplatz über Terrassenufer, Theaterplatz; Linien 19 und 20 zwischen Rathenauplatz und Postplatz bzw. Großmarkthalle über Rathenauplatz, Terrassenufer, Theaterplatz, Postplatz, erstere nach über die Ostraallee; Linie 12 zwischen Albertplatz und Stübelplatz über Albertbrücke, Rauhbachstraße.

Radfahrerzusammenstoß. Auf der Döbelner Straße in der Nähe des Wilden Mannes erfolgte am Sonntag mittag ein Zusammenstoß zwischen 2 Radfahrern, dabei stürzte eine Frau so unglücklich, daß sie bewußtlos weggetragen werden mußte.

Im Luftbad verunglückt. Im Luftbad Cotta stürzte am Sonntag mittag beim Turnen am Reck ein 24jähriger Mann ab. Mit einem schweren Schädelbruch und einer Gehirnerschütterung wurde er dem Friedrichstädter Krankenhaus zugeführt.

Verschüttet. Ein 20jähriger Arbeiter, der auf der Röthenitzer Straße in einer Ziegelei mit Ausschachten einer Lehmgrube beschäftigt war, wurde am Sonnabend mittag von hereinbrechenden Lehmmassen verschüttet. Dort beschäftigte Arbeiter befreiten ihn in kurzer Zeit aus seiner Lage. Wegen eines Oberschenkelbruches mußte der Verunglückte dem Krankenhaus zugeführt werden.

Schneller Tod. Am Sonntag abend in der 7. Stunde wurde ein auf Uebigauer Flur angestellter 74jähriger Rentner plötzlich vom Unwohlsein befallen und erlag kurz darauf einem Herzschlag.

Aus Ostsachsen

Freital. (Opfer der Arbeit.) In der Ziegelei Freital-Bergstr. ereignete sich gestern ein bedauerlicher Unglücksfall. Ein Arbeiter geriet zwischen einen mit Ziegeln beladenen Anhänger und Motorwagen. Der Mann war sofort tot.

Zschachwitz. (30jährige Gründungsfeier des Arbeitergesangvereins Volkschor.) Der Vorsitzende des Vereins, Max Fleck eröffnete die Feier und begrüßte die zahlreich Erschienenen, besonders die zum großen Teil erschienenen Gründer und Jubilare. Sangesbruder Fleck gab einen Rückblick auf die verflossenen 30 Jahre, soweit dies laut vorhandenen Protokollen möglich war. Zwei anwesende Gründer des Vereins, Ernst Ettling und Paul Sterzel, wohlbekannte Männer in Arbeiterkreisen, erlebten die Freude, einen aus schweren Anfängen entstandenen Verein heute groß und stark und auf der Höhe der Gesangskunst stehenden Arbeitergesangverein von 30 Jahren mit ins Leben gerufen zu haben. Der Männerchor bot als erste Darbietung: „Das Lied krönt den Tag". Sangesschwester Schubert überreichte dem Männerchor anschließend eine rote Schleife mit der Inschrift: „Zum 30jährigen Bestehen, gewidmet vom Frauenchor". Darauf bot der Frauenchor das Lied: „Seid gegrüßt". Sangesbruder Liebig sang Baßsolo: 1. „Aus diesen heiligen Hallen" (aus der „Zauberflöte" von Mozart); 2. „Auch ich war ein Jüngling mit lockigem Haar" (aus dem „Waffenschmied" von Lortzing). Alle Darbietungen fanden großen Beifall. Die jugendliche Sangesschwester Hilde Kühnel sprach den Prolog, gedichtet vom Dirigenten des Vereins, Herrn Arno Stark. Den Gründern und Jubilaren wurden Ehrenurkunden ausgestellt und dem Dirigenten Herrn Arno Stark für seine großen Verdienste um den Verein ein großer Kranz mit Schleife überreicht. Der Verein zählt zurzeit über 100 männliche und 50 weibliche Mitglieder. Ernst Ettling schilderte in längeren Ausführungen die Anfänge des Vereins. Vor 30 Jahren war es nicht einmal möglich, ein Lokal zu finden. Die Gründung fand in Mügeln statt, bis dann später das Restaurant Lehmann, Zschachwitz, Tannenstraße, endlich zur Verfügung stand. Ernst Ettling glaubte darauf hinweisen zu müssen, daß der Verein darüber wache, daß keine politischen Gegensätze im Verein aufkommen, damit der Verein weiter blühe und gedeihe. Wir sind auch der Auffassung, daß der Gesangverein nicht der Tummelplatz politischer Auseinandersetzungen sein darf, müssen aber darauf bestehen, daß der Verein nicht von der Tendenz abweicht, die doch schließlich auch bei der Gründung maßgebend war. In erster Linie Pflege von Freiheitsliedern, sowie der Sangeslust, aber niemals ein Zurückfallen in bürgerlich Tendenzen, nur dies bürgte der Einigkeit und Geschlossenheit des Vereins in Frage stehen. Der Schlußgesang des Männerchors „Die Freiheit steigt auf den Thron" beendete den ersten Teil des Programms. Es folgte noch ein gemütliches Zusammensein, verbunden mit einem Tänzchen. Möge der Gesangverein „Volkschor Zschachwitz" weiter im Tempo der letzten Jahre sich entwickeln und immer ein treues, aktives Glied der Arbeiterbewegung bleiben. O. M.

Bergsieghübel. Am Sonntag, den 8. August, marschierte zum ersten Male die Rote Front in Bergsieghübel und Gottleuba auf. Der Rote Frontkämpferbund hatte zur Fahnenweihe aufgerufen. Zahlreiche Ortsgruppen waren erschienen, u. a. zwei mit ihren Tambourzügen. Nachmittags zwei Uhr war Demonstration nach der Panoramahöhe. Hier wurde die Fahne überreicht. Vorher hielt Genosse Lewinsohn eine Ansprache. Dann ging die Demonstration durch Bergsieghübel und Gottleuba. Nochmals sprach Genosse Lewinsohn über den Sinn der Antikriegskundgebung. Nach ihm wandte sich Genosse Sindermann an die Jugend. Abends 8 Uhr fand der Antikriegsabend unter Mitwirkung der Roten Truppe P. Strzelewicz statt. Dieser Tag hat so manchem die Augen geöffnet. Die eiserne Disziplin der Roten Frontkämpfer hat auf viele einen großen Eindruck gemacht. Aber noch viele blieben der Sache fern und standen nur hinter den Gardinen versteckt. Man sieht, wie notwendig es ist, mehr Wert auf die Landpropaganda zu legen. Kennzeichnend für die reaktionäre Einstellung verschiedener Geschäftsleute ist folgender Fall. Die Kameraden von Heidenau sammelten für die angeschaffte Schalmeienkapelle. Der Besitzer des Gasthofs „Zum goldenen Stern" brachte es fertig, uns keinen Saal zur Abhaltung unserer Antikriegskundgebung zu vermieten. Geschadet hat er uns damit nicht. Die klassenbewußten Arbeiter von Gottleuba und Bergsieghübel werden ihn solche Wirte merken und nur dort verkehren, wo sie gern gesehen werden.

Seifhennersdorf. (Kräftige Abfahrt.) Am 13. August fand im Kretscham eine vom Ortsausschuß einberufene, starkbesuchte Versammlung statt. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Kräkig sprach über das Thema: „Kartelle und Trusts auf dem Wege zur Weltherrschaft". In einem längeren Ausführungen ging er auf das Bestreben des Kapitalismus, sich zu großen Kartellen und Trusten zusammenzuschließen, ein. Er zeigte das Wesen dieser gigantischen Gebilde und deren Auswuchs. Er führte weiter aus, daß die Sozialdemokratie aus sozialistischen Gründen diesen ungeheuren Zusammenballungen nicht hindernd im Wege steht, letzten Endes wurden sie doch eine Wohltat (!) für die Arbeiter sein. Die Sozialdemokraten fordern vielmehr vom kapitalistischen Staat ein Kartellamt, dessen Aufgabe es sein muß, die Vertrustungen zu registrieren und der breiten Oeffentlichkeit durch den Reichstag zugänglich zu machen. Weiter forderte er die Wirtschaftsdemokratie (d. h. paritätisches Arbeiten von Kapital und Arbeitern). Zum Schluß forderte er gegenüber den mächtigen Kapitalsgruppen eine stark organisierte Arbeiterklasse, die „richtig durchgebildet" sein muß. Als zweiter Redner trat nun der Genosse Reichstagsabgeordneter Nöbel auf den Plan. Er vertrat in anschaulicher Weise den Standpunkt der Kommunisten und zeigte den Werdegang, Aufstieg und Niedergang des Kapitalismus in allen seinen Phasen und dessen Auswirkung auf die Arbeiterklasse. Die Widersprüche des Kapitalismus in der gesamten Wirtschaft führte er den Anwesenden klar vor Augen. Die Kartelle und Trusts des Kapitals sind die höchste Potenz in seiner Entwicklung, darüber hinaus gibt es keine Entwicklungsmöglichkeit mehr. „Welches sind nun die Aufgaben des Weltproletariats gegenüber den ungeheuren Gefahren?" Hier ist die Grenze, wo sich die Ausführungen der Kommunisten und Sozialdemokraten wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Vom marxistischen Standpunkt aus muß der Machtkampf für die neue Weltanschauung einsetzen. Genosse Nöbel zeigte in klaren Sätzen den Heldenkampf der englischen Bergarbeiter gegenüber dem stetigen Zurückweichen von Politikern in Deutschland. Unter der Führung der Sozialdemokratischen Partei ist das deutsche Proletariat aus einer Enttäuschung in die andere geraten. Die geforderte Wirtschaftsdemokratie ändert an den Tatsachen nichts, daß die Klassengegensätze sich von Tag zu Tag verschärfen. Treffend schildert Genosse Nöbel den unproletarischen Kampfverband der SPD., das Reichsbanner. In diesem Verband werden die indifferenten Proletariermassen kein klassenkämpferisches Vorbild erhalten können. Nur starke Klassenkampforganisationen werden den heutigen, um seine Existenz ringenden Kapitalismus aus den Angeln heben! Das Paktieren mit dem Kapitalismus führt zur Verelendung der werktätigen Massen. Mehr Klassenbewußtsein und Siegeswillen muß wieder in die Herzen der Arbeiter einziehen. Die Kommunistische Partei als traditioneller Sturmtrupp des revolutionären Proletariats fühlt sich berufen, in diesem Heldenkampf um Sein oder Nichtsein des Proletariats als Führerin zu gelten. Darum: Hinein in die Organisationen der Arbeiterklasse! Dem Genossen Nöbel wurde starker Beifall zuteil. Nach einem kurzen Schlußwort des Sozialdemokraten Kräkig, welcher alle Argumente genommen waren, wurde in vorgerückter Stunde die interessante Versammlung, die ein voller Erfolg für uns war, geschlossen.

Sachsentreffen der ZdA-Jugend in Hohnstein (Sächsische Schweiz)

am 17. und 18. Juli 1926

Um es gleich vorweg zu nehmen: die Beteiligung entsprach nicht den Wünschen der Leitung und stand erst recht im Gegensatz zu dem wochenlang vorher betriebenen Fanfarenstoß. Von ganz Sachsen kamen nur etwa 250 bis 300 (!) Jugendliche zusammen. Ganz im Gegensatz zu der Burgverwaltung, die zu „Ehren" der ZdA-Jugend schwarz-rot-gold (!) gesiegt hatte, marschierten die ZdA-Jugendmitglieder unter roten Fahnen auf! Nur Chemnitz fiel mit seiner schwarz-rot-goldenen Flagge unangenehm auf. Aber die Jugendlichen, die hingekommen waren in dem Glauben, bei einer Kampftagung der Jugend anwesend zu sein, wurden bald eines Besseren belehrt.

Aus den Ansprüchen, die die Vertreter der verschiedenen Organisationen hielten, seien nur einige markante Stellen erwähnt, die deutlich zeigen, welche „Bundesgenossen" man der ZdA-Jugend zuteilen will. Der Vertreter des Landesausschusses Deutscher Jugendverbände, Annacker (der übrigens Mitglied des GdA ist) versuchte der freigewerkschaftlichen Jugend einzureden, daß sie dem Landesausschuß Deutscher Jugendverbände, der „Interessengemeinschaft der Jugendlichen aller Richtungen" angehören, weil die Jugend in einer Front stehen muß (!), da sie gemeinsame Aufgaben und Ziele haben! Jeder Jugendliche, der Mitglied einer freien Gewerkschaft ist, weiß aber, daß er nicht mit Völkischen und Deutschnationalen in einer Front kämpfen kann. Die Arbeitsgemeinschaft mit bürgerlichen und faschistischen Jugendverbänden darf nicht in das Aufgabengebiet einer freien Gewerkschaft, wie sie der ZdA darstellt, gehören.

Prompt beeilte sich denn auch ein Burgverwalter, der sogar SAJ-Mitglied ist, der ZdA-Jugend das Singen der Internationale beim Einmarsch in den Burghof zu verbieten. Die Jugend hatte für die Vorsichtigkeit dieses „Genossen" erfreulicherweise nur ein herzhaftes Lachen übrig. Die Burgverwaltungsmitglieder glaubten ihre Aufgabe darin zu erblicken, den Jugendlichen durch möglichst grobes Benehmen (so in Unterkünften, Diensten) einen Vorgeschmack für die kommende Arbeitsdienstpflicht zu geben.

Schon der Empfangsabend ließ ahnen, welchen „Kampfgenossen" das Treffen tragen wird. Selbst der Vertreter der Reichsjugendleitung, den man extra von Berlin geschickt hatte, erwähnte nicht ein einzigesmal die Forderungen und Ziele, die die ZdA-Jugend aufgestellt hat. Kein Wort von den wirtschaftlichen Forderungen der Jugendlichen, wie: Sechsstundentag, vier Wochen bezahlter Urlaub, Schaffung von Jugendheimen und Jugend-Erholungsheimen durch den Staat, Beseitigung der Fortbildungsschulstunden und Verlegung derselben in die Arbeitszeit. Gegen die Lehrlingsausbeutung und Lehrlingszüchterei, von der besonders die landwirtschaftliche Jugend ein Lied singen kann, kein Wort von all dem! Statt dessen nur schöne Worte über: Mensch sein, frei sein, freigeistig sein usw. Seine inhaltslose Ansprache paßte vollkommen in den Rahmen dieses Abends.

Die Leipziger Jugendgruppe glaubte zu glänzen durch Darbietung eines Dialogs, offenbar unter dem Motto: „Wir Sachsen sein gemütliche Leute". Nach einigen musikalischen Darbietungen folgte ein ebenso geistloses wie jedes Haus-Sacko-Spiel, und die Mehrzahl der Anwesenden war froh, daß der Abend nicht länger dauerte, sonst hätte man schließlich noch einige Ansprachen über sich ergehen lassen müssen. Der Gauleiter des Verbandes, „Herr" Haunschild, hatte auch besser daran getan, das Lied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" „mitzusingen". Herr Haunschild hatte gewiß die Meinung, daß es schon eine große Leistung ist, überhaupt am Jugendtreffen teilzunehmen; aber mitsingen — das ist entschieden zuviel verlangt. Noch dazu Arbeiter-Kampflieder!

Am Sonntag fanden sportliche und berufliche Wettkämpfe statt. Die Jugendmitglieder gaben zweifellos ihr Bestes, was sie leisten konnten, aber bei diesen Veranstaltungen konnte man sich nicht des Eindrucks erwehren, daß sie eigentlich nicht in das Aufgabengebiet einer gewerkschaftlichen Jugendgruppe gehören. Es könnte leicht dazu führen, daß die Jugendgruppen der Gewerkschaften sich zu Konkurrenzorganisationen der Arbeitersportbewegung entwickeln. Demzufolge war die Beteiligung an den beruflichen Wettkämpfen nicht so zahlreich, als man ursprünglich angenommen hatte. Auch die Beteiligung an den beruflichen Wettkämpfen könnte in Zukunft größer sein, wenn die Gewerkschaften für berufliche Ausbildung der Jugend durch den Staat mehr als bisher kämpfen würden. Etwas mehr Reichshaltigkeit der Veranstaltungen am Sonntag hätte nichts geschadet. Die wichtigste Veranstaltung war zweifellos die Gaujugendleitungssprechung. Ein objektiveres Bild über den Stand der ZdA-Jugendbewegung in Sachsen hätte man bekommen, wenn in allen Ortsgruppen vorher dazu Stellung genommen und Delegierte gewählt worden wären.

Aber die Verbandsleitung hat ja nicht erst einmal bewiesen, daß sie gar kein Interesse daran hat, die Jugendmitglieder über wirtschaftlich-gewerkschaftliche Fragen in genügendem Maße aufzuklären. Das Referat (wenn man es als solches bezeichnen kann) des Reichsjugendleitungsmitglieds beschäftigte sich im wesentlichen mit der Frage, ob in den Veranstaltungen der Jugendgruppen der Sport oder die Berufsausbildung die Hauptrolle spielen sollen (!). Entsprechend der Zusammensetzung der Gaujugendkonferenz, war auch die Diskussion inhaltlos und langweilig. Von dem Geist einer Jugendkonferenz war nichts zu merken, man kann sich als Jugendkollege auf der Konferenz vor wie einer, dem das Fell über die Ohren gezogen werden soll. Außer der Neuwahl der Gaujugendleitung sind keine wichtigen Beschlüsse gefaßt worden, das illustriert am besten die Inhaltslosigkeit der ganzen Konferenz.

Für die ZdA-Jugendmitglieder besteht jetzt die Aufgabe, in erhöhtem Maße Werbe- und Aufklärungsarbeit unter den indifferenten Arbeitskollegen zu leisten, eine gute Schulungsarbeit der Mitglieder im kommenden Winterhalbjahr durchzuführen, dann wird das nächste ZdA-Jugend-Sachsentreffen eine stärkere Beteiligung aufzuweisen haben. Dann werden wir mit Recht singen und sagen:

Seht wie der Zug von Millionen endlos aus Nichtigem quillt.
Bis eurer Sehnsucht Verlangen Himmel und Nacht überschwillt!

Dresdner ZdA-Jugend unterstützt die englischen Bergarbeiter

In der letzten Versammlung vom 10. August der Dresdner ZdA-Jugend wurde einstimmig beschlossen, die Hilfsaktion zugunsten der englischen Bergarbeiter zu unterstützen. Es soll ein Unterhaltungsabend veranstaltet werden, dessen Reingewinn den englischen Bergarbeitern zufließen soll. Einem schon bestehenden Ausschuß zur Vorbereitung eines Sommerfestes wurde die Aufgabe übertragen, den Unterhaltungsabend zu organisieren. Die Angestelltenjugend erwartet, daß sich alle älteren Kollegen zahlreich daran beteiligen, um so zu beweisen, daß sie sich solidarisch mit dem englischen Streik erklären. Auch die Arbeiterschaft soll diesem Abend nicht fernbleiben, er wird auch wesentlich dazu beitragen, das Bündnis zwischen Angestellten und Arbeitern mehr zu festigen.

Vom Tage

Kraus bei Altenburg. (Schweres Verbrechen.) Aus Liebeskummer erschoß in der Nacht vom Sonntag zum Montag der Korporalschaftsführer Lauckner die Mutter seiner Braut. Die in dem gleichen Zimmer anwesende Braut versuchte er durch einen Schuß in den Mund zu töten. In schwerverletztem Zustande wurde das Mädchen in das Altenburger Landkrankenhaus überführt. Nach der Tat eilte der Mörder in ein benachbartes Grundstück und tötete sich durch einen Schuß in den Mund.

Eilenburg. (Brandstiftung.) In den Fabrikanlagen der Heftigen Aluminiumwerke in Sontra brach ein Großfeuer aus, das die Werke vollständig einäscherte. Die beiden Inhaber wurden unter Verdacht der Brandstiftung festgenommen.

Zwickau. (Grubenunglück.) In Schemnitz stürzte in der „Goldgrube" eine infolge durchdringender Grubenwasser ganz durchnäßte Grubenwand plötzlich in einer Breite von 30 Meter ein. 5 Personen wurden getötet.

Rundfunk

Mittwoch, den 18. August:

3—4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle).
5 Uhr: Lektor Mann und Studienrat Friebel: Englisch für Anfänger.
5,35 Uhr: Lektor Mann und Studienrat Friebel: Englisch für Fortgeschrittene.
4,30—5,15 und 5,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert des Leipziger Rundfunkorchesters. Dirigent: Dr. F. R. Duske.
6,30—6,45 Uhr: Morsekursus.
6,45—7 Uhr: Arbeitsbericht des Sächs. Landesamtes für Arbeitsvermittlung.
7—7,30 Uhr: Dr. Alfred Lehmann: „Aus dem Leben großer Zauberkünstler."
7,45 Uhr: Orientalische Dichtung. Mitwirkende: Martina Orp, Morgenstern und Lothar Körner vom Alten Theater und das Leipziger Rundfunkorchester unter Leitung von Dr. F. R. Duske.
Anschließend (etwa 9,30 Uhr): Pressebericht und Sportfunk.
Anschließend: Funkpranger.
Darauf: 10—12 Uhr: Tanzsportmusik.

Voraussichtliches Wetter am 18. August (Mittwoch): Nordwesten und Osten: Wolkig, teilweise heiter, etwas wärmer, Regenschauer und Gewitter. Im übrigen Gebiet ziemlich heiter, meist trocken, etwas wärmer, leichte Gewitterbildung. — **19. August (Donnerstag):** Abwechselnd heiter und wolkig, ziemlich warm, strichweise Gewitterregen, sonst trocken.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale Dresden. Verantwortlicher Redakteur Willy Schneider, Freital.

An die Arbeiterschaft Ostsachsens!

Die Vertreter des Roten Frontkämpferbundes Gau Ostsachsen, die am Sonnabend und Sonntag in Dresden zu einer Gautagung zusammentraten, wenden sich mit diesem Aufruf an die gesamte werktätige Bevölkerung Ostsachsens.

Nochmals erklären wir unser Wollen und unseren Kampf. Wir wollen nicht eine Sondergruppe innerhalb der Arbeiterschaft sein, wir wollen die breite Klassenfront aller Werktätigen herstellen. Unser Kampf gilt der Klassenunterdrückung, ist der Kampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter.

Die erste und wesentlichste Aufgabe des **Roten Frontkämpferbundes** und der **Roten Jungfront** ist es, den Kampf gegen neue imperialistische Kriege zu führen. Wir wollen die Massen der proletarischen Frontsoldaten, der Jungproletarier, die als Kanonenfutter für den neuen imperialistischen Krieg gewonnen werden sollen, in einer breiten Abwehrfront sammeln.

Klarheit über die neuen Kriegsgefahren zu schaffen ist unsere Aufgabe. Ein neues 1914 darf es nicht mehr geben.

Erinnert ihr euch, Klassengenossen, daß auch vor dem letzten Weltkriege die Welt von Friedensreden widerhallte? Erinnert ihr euch der Demonstrationen und Aufmärsche gegen den Krieg? Denkt ihr noch an jenen 1. August 1914, wo die „Siegeshymne" jede Stimme des Klassenkampfes übertönte? Packt euch nicht heute die Empörung, wenn ihr an den 4. August 1914 denkt, wo die stolze proletarische Internationale in den Dreck getreten wurde, wo die Sozialdemokratische Partei in das Lager der Imperialisten einschwenkte? Vier Jahre Blut, Mord, Dreck, Kohlrüben und Schwindsucht für die Imperialisten, Millionen Menschen geopfert für die Profitinteressen des Kapitals. Und dann, als ihr endlich euer Joch abgeschüttelt, da wurdet ihr erneut verraten.

Heute, noch 12 Jahren, drohen neue Kriegsgefahren, bedroht euch die Bourgeoisie mit blutiger Unterdrückung, mit Bürgerkrieg.

Heute nach 12 Jahren sind die Schrecken des Krieges in Millionen noch lebendig, fürchten sie einen neuen Krieg. Viele halten einen neuen Krieg für unmöglich, da er nach ihrer Auffassung der Vernunft Hohn spricht. Ihr müßt aber wissen, Kriege, neue imperialistische Kriege sind nicht das Werk von Vernunft oder Unvernunft. Imperialistische Kriege sind eine Erscheinung der kapitalistischen Gesellschaft. **Solange die kapitalistische Gesellschaft besteht, wird es neue imperialistische Kriege geben.**

Wir, der Rote Frontkämpferbund und die Rote Jungfront, müssen den Massen zeigen, die Dinge zu sehen, wie sie sind. Man darf sich nicht vor den Ereignissen fürchten. Die Ereignisse erkennen, ihnen mutig entgegengehen, ist die einzige Möglichkeit, das Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, entscheidend, beeinflussen zu wirken. Mit Betteln, mit Klagen, mit papiernen Resolutionen kann man die Geschehnisse nicht aufhalten. **Wir leben nicht in einer friedlichen Epoche.** Der Kapitalismus befindet sich im Stadium seines Unterganges. **Kriege und Revolutionen werden die nächsten Jahre und Jahrzehnte zeichnen.** Die Vorbereitungen für neue imperialistische Kriege sind im vollen Gange. In den Kolonien tobt der Krieg ohne Unterbrechung. Die Entwicklungsnotwendigkeiten für die einzelnen Kapitalistengruppen sind eingeengt. Sie müssen den Kampf um die Rohstoffquellen, um die Absatzgebiete aufnehmen. Da diese Gebiete aber schon aufgeteilt sind, geht der Kampf um die Neuverteilung der Welt.

Der Konkurrenzkampf der Kapitalisten nimmt immer gewaltigere Formen an. Um billig zu produzieren, werden die Löhne gedrückt, die Arbeitszeit verlängert. Die Betriebe werden rationalisiert. Tausende von Betrieben geschlossen. Die Arbeitslosigkeit wächst. Die Klassengegensätze in jedem Land verschärfen sich ununterbrochen, es verschärfen sich die Gegensätze im imperialistischen Lager. Darüber können auch nicht hinwegtäuschen die augenblicklich erfolgenden Zusammenschlüsse zu internationalen Konzernen. Sie stellen nur Teilerscheinungen in der Neugruppierung der imperialistischen Mächte dar.

Während so der neue Weltkrieg heraufsteigt, rüsten, mobilisieren und gruppieren sich die Imperialisten zum gemeinsamen Sturm auf den einzigen Arbeiterstaat der Welt, gegen Sowjetrußland.

Die Kapitalisten wissen, sie können diesen Krieg nicht führen, wenn sie nicht die Arbeiter des eigenen Landes niedergeschlagen haben. Deshalb stärken sie ihre Unterdrückungsinstrumente. Brutale Angriffe der Polizei gegen die Arbeiter, Toben des weißen Terrors und Wüten der Klassenjustiz sind die Anzeichen des sich verschärfenden Klassenkampfes.

Die deutsche Arbeiterschaft steht vor neuen schweren Kämpfen. Die Erwerbslosigkeit steigt. Die Zölle, Lohndruck, Arbeitszeitverlängerung, Abbau der Erwerbslosenunterstützung werden die Verelendung breiter Massen steigern. Der RFB wird die Massen sammeln, um der Reaktion die geschlossene rote Front der proletarischen Klasse entgegenzustellen. Der RFB ist sich bewußt, daß auch die Proletarier in anderen Organisationen diesen Abwehrkampf mitführen müssen und besonders die proletarischen Kameraden des Reichsbanners in die rote Abwehrfront einschwenken werden.

Die Landtagswahlen in Sachsen stehen bevor. Die weiße Front der Kapitalisten steht geschlossen. Bürgerliche Parteien und faschistische Wehrverbände führen den Schlag gegen das sächsische Proletariat gemeinsam. Verräterische Führer sind unter der Arbeiterschaft am Werke, die Klassenfront des Proletariats zu zerstören. Die sächsische Arbeiterschaft, untere Beamte und Kleinbauern müssen die frechen Vorstöße der monarchistischen Parteien abschlagen und die lügnerische Wahlpropaganda kapitalistisch-republikanischer Parteien und sonstiger Organisationen zunichte machen.

Schafft gemeinsam mit allen proletarischen Organisationen ein rotes Sachsen! Kämpft mit uns:

Für die Befreiung der politischen Gefangenen!
Für die Forderungen der Erwerbslosen!
Schafft den Kongreß aller Werktätigen! Kampf der Reaktion! Nieder mit den Kriegshetzern aller Welt!
Verhindert die Einkreisung des einzigen proletarischen Staates der Welt — Sowjetrußland!
Krieg dem imperialistischen Kriege!

Für die englischen Bergarbeiter

An die Bergarbeiterorganisationen Englands!

Die Gaukonferenz des Roten Frontkämpferbundes Gau Ostsachsen sendet den kämpfenden englischen Bergarbeitern ihre brüderlichen Grüße. Die Rote Front fühlt sich vollständig solidarisch mit den englischen Kollegen. Sie wird alle Kraft anspannen, um eine stärkere Unterstützung der kämpfenden Bergarbeiter durchzuführen.

Die Sachsendelegation der Erwerbslosen in Berlin

Am Sonnabend, den 14. August, wurde die auf der Erwerbslosenkonferenz in Dresden am 12. August gewählte Delegation der Erwerbslosen Sachsens bei den maßgebenden Instanzen in Berlin vorstellig, um die Aufträge ihrer Mandatgeber auszuführen. Sie versuchte zunächst, den Reichstagspräsidenten Löbe zu sprechen, traf denselben aber nicht im Reichstag an und ging dann nach dem Reichsarbeitsministerium. Dort wurde die Delegation von dem Regierungsrat Dr. Berger in Vertretung des Reichsarbeitsministers empfangen. Er erklärte, daß sich die Delegation an die zuständige Stelle, das sächsische Arbeitsministerium, hätte wenden sollen, doch sei er bereit, die Forderungen der sächsischen Erwerbslosen entgegenzunehmen. Die Delegation übermittelte dem Vertreter des Reichsarbeitsministers die auf der Konferenz in Dresden formulierten Forderungen der Erwerbslosen Sachsens und nahm dann im besonderen zu folgenden Punkten Stellung:

Das Notstandsprogramm der Regierung, Erwerbslosenversicherung und Staffelung der Unterstützungssätze, Achtstundentag, Erhöhung der Unterstützung im allgemeinen.

Die Delegierten erklärten dem Vertreter der Regierung, daß unter den Erwerbslosen die Auffassung bestehe, daß das vorgelegte Notstandsprogramm der Regierung lediglich ein Täuschungsmanöver sei, um unter die Masse der Erwerbslosen einigermaßen Ruhe zu tragen. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums entwickelte die einzelnen Positionen des Notstandsprogramms, die in der Hauptsache darin beständen, daß 200 Millionen Mark zu direkten Notstandsarbeiten verwendet werden sollten; im weiteren aber die Reichsbahn sowie die Post insgesamt Aufträge in Höhe von 500 Millionen Mark an die Regierung geben solle. Er mußte **zugeben, daß die mit Notstandsarbeiten Beschäftigtenzahl** der Erwerbslosen seit Mai 1926 **im Abnehmen begriffen,** und daß eine Steigerung dieser Ziffern erst in den nächsten Monaten zu erwarten sei. Im übrigen wurde ebenfalls festgestellt, daß ungefähr die Hälfte der Summe bereits zu Notstandszwecken verausgabt sei. Bei der Vergebung der Arbeiten der Reichsbahn und der Post wendeten die Vertreter der Erwerbslosen ein, daß die Gefahr bestehe, daß diese Aufträge unter den Erwerbslosen selbst **keine Auswirkung zeigen würden,** da zu befürchten sei, daß die mit diesen Aufträgen versehenen Betriebe mit der augenblicklichen Belegschaftsziffer dieselben ausführen würden. Man müsse darauf hinwirken, daß in diesen Betrieben dann Doppelschichten oder andere Möglichkeiten geschaffen würden, um eine nennenswerte Zahl von Erwerbslosen unterbringen zu können.

Weiter wurde von den Vertretern der Erwerbslosen darauf hingewiesen, daß vom Reichsarbeitsministerium unbedingt verlangt werden müsse, daß man **den starren Achtstundentag durchführe,** da es nicht angängig sei, daß in der gegenwärtigen Zeit in der weitaus größten Zahl der Betriebe 9 und 10 Stunden gearbeitet würde.

Auf die Frage, **was mit den Ausgesteuerten geschehe,** erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministers, daß die Regierung Anweisung gebe, daß sie in hinreichendem Maße durch die kommunale Fürsorge unterstützt werden sollten; die Regierung werde den Gemeinden 50 Prozent der Ausgaben zurückvergüten.

Im übrigen gab der Vertreter des Reichsarbeitsministers auf eine diesbezügliche Frage zu, **daß es innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung niemals möglich sein würde, eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft herbeizuführen.**

Zum Schluß der Besprechung kam es zwischen einem Teil der Delegation und dem Vertreter der Regierung zu einem scharfen Zusammenstoß, da der Vertreter der Erwerbslosen darauf hinwies, daß die Erwerbslosen von den maßgebenden Stellen nichts zu erwarten hätten, sondern sich eine Besserstellung ihrer Lage nur erkämpfen könnten.

Die Delegation begab sich dann zum Bundesvorstand des ADGB und unterbreitete dort dem Vorstandsmitglied Spliedt ebenfalls die Forderungen der sächsischen Erwerbslosen. Es kam zunächst zu einer Auseinandersetzung darüber, ob die anwesende Delegation als kompetente Vertretung der Erwerbslosen Sachsens anzusprechen sei. Spliedt wies darauf hin, daß für sie als Vertreter der Erwerbsloseninteressen **lediglich die maßgebenden Stellen der einzelnen Gewerkschaften anzusehen seien.**

Darauf legten die Vertreter der Erwerbslosen dem Kollegen Spliedt ebenfalls die obengenannten Fragen vor. Spliedt antwortete darauf mit den Notstandsmaßnahmen der Regierung, mußte aber gleichfalls zugeben, daß im Höchstfalle durch die getroffenen Maßnahmen rund 200 000 Erwerbslose beschäftigt werden könnten. In der Frage des Achtstundentages erklärte er, daß es leider unmöglich sei, die einzelnen Tarifverträge von heute auf morgen zu inhibieren. Die Vertreter der Erwerbslosen verlangten, daß der ADGB sich bei der Regierung dahingehend einsetze, **daß eine Verordnung herausgegeben werde, die den Achtstundentag wieder zur Einführung bringt.** Spliedt erklärte hierauf, daß Verhandlungen im Gange seien, denjenigen Unternehmern, die mit derartigen Arbeiten beauftragt werden sollten, vorzuschreiben, daß dieselben die gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreiten dürfen.

Zur Reichserwerbslosenversicherungs-Verordnung mit der geplanten Staffelung der Unterstützungssätze nahm Spliedt den bekannten Standpunkt der führenden Gewerkschaftler ein. Er erklärte im besonderen, es sei ein unhaltbarer Zustand, daß in einzelnen Bezirken die Unterstützungssätze höher seien, als die dortigen Löhne. Auch hier trat wieder zutage, daß dies für die Gewerkschaftler nicht etwa Veranlassung sein müßte, die Arbeiterschaft zum Kampf für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen aufzurufen, **sondern daß den Unternehmern entgegengekommen werden müßte, indem man die Unterstützungssätze den Lohnverhältnissen entsprechend herabsetzt.** Nach ungefähr zweistündiger Verhandlung verließ die Delegation auch diese Stelle, wiederum um einige Erfahrungen reicher. Es wird Aufgabe der Delegation sein, nunmehr in ihrem Bezirk die Erwerbslosen aufzuklären, was sie von den gegenwärtigen Machthabern der Republik zu erwarten haben. Sie müssen den Erwerbslosen mit aller Deutlichkeit sagen, daß es nur in geschlossenen Kampf der Erwerbslosen mit den im Produktionsprozeß stehenden Arbeitern möglich sein wird, ihre Wirtschaftslage zu verbessern. Es muß den Erwerbslosen gesagt werden, daß selbst bürgerliche Demokraten schon erklären, daß innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung für die Arbeiterschaft selbst keine Hoffnung mehr besteht, jemals eine Besserung ihrer Lage zu erreichen. Es muß ihnen gezeigt werden, daß nur in der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Heil der Arbeiterklasse liegt.

Darum, erwerbslose Klassengenossen Sachsens und Arbeiter aus den Betrieben, erkennt eure wirtschaftliche Lage, schließt die Reihen zum Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung!

Gewerkschaftliches

Ortsausschuß Chersbach des ADGB.

Mittwoch, den 18. August, abends 8 Uhr Kartellsitzung im Kretscham, Chersbach, (hinteres Zimmer). Alles erscheinen.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Der Kampf vor den Fabriken

Eine Erzählung von Alexander Abusch.

1.

Der Staub der grauen Stadt steckt jedem schon in der Kehle, wenn er den kleinen Bahnhof verläßt.

Jeden Morgen, wenn die Nacht in den grauen Nebeldunst des Tales zerfließt, speien die überfüllten Züge einen Strom von Männern, Frauen und Mädchen aus. Das Geratter des Zuges liegt noch in den stumpfen Hirnen, deren Schlaftrunkenheit im eisigen Morgen und im plötzlichen Licht der Rampen aufschreckt wird. Halb taumelnd staut sich im Vorwärtshetzen die Masse an der engen Sperre. Täglich dann immer dasselbe: Flüche und Geschimpfe.

Der schwarze Strom brandet an die Bahnsteigsperre. Die kräftigeren Männer drängen hastig die Frauen nach hinten. Bäuerinnen mit schwerbepackten Körben schimpfen im stoßenden Gedränge.

Die Tore der Textilfabriken sind schon offen, wenn die Züge einlaufen. Wie ein schwarzes gieriges Maul fressen sie den Menschenstrom, der unter den elektrischen Lampen der Fabrikhöfe zerspritzt — sich auf die einzelnen Abteilungen der Großbetriebe verteilt. Die Fabriksirenen blasen um die Wette, gebieterisch, weithin zum Bahnhof...

Jeden Morgen stampfen die Züge im Bahnhof ein, von allen Richtungen kommend. Die Textilarbeiter sind nicht stark, haben frühverbrauchte Gesichter. Die Fahrt zur Arbeit jeden Morgen und Abend frißt die Kraft. Männer und Weiber durcheinander sind morgens in die Waggons eingepfercht und schlummern im Sitzen oder Stehen, oft aufgeschüttelt durch eine jähe Wirbung des fahrenden Zuges oder durch eine schlüpfrige Zote und das kreischende Gelächter der Mädchen. Der Dunst von ausgeglommenen Tabakspfeifen treibt auch manchmal ein trockenes Husten den Frauen in die Kehle.

Wir gerädderten Gliedern dann zur Arbeit gehetzt — bei tausendköpfiger Arbeitszeit dreizehn bis vierzehn Stunden unterwegs.

•

Die Arbeiter vom gleichen Betrieb fanden sich gewohnheitsmäßig zusammen. Sie hatten meist ihre bestimmten Wagen, in die sie einstiegen. So fuhr mancher jahrelang im gleichen Eisenbahnwagen zur Arbeit, jeden Morgen. Man kannte da auch jedes Gesicht im Wagen, in dem man morgens übermüdet schlaftrunken und abends mit Gesprächen oder zeitungslesend fuhr.

Die Jute-AG., die größte Spinnerei und Weberei der Stadt, holte sich die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen von auswärts. In ihr brach auch der Konflikt aus.

Seit Wochen gärte es. Das Gerede über die Zustände im Betrieb wurde in den Wagen, in denen die Arbeiter von der Jute-AG. fuhren, immer zorniger und drohender. Die verschiedenen Meinungen traten zurück hinter einer allgemeinen Stimmung, daß etwas dagegen geschehen müsse.

„Einen Tritt vor den Bauch unseren Schindern!" verkündete es Knauer aus der Weberei. Er hatte ein knochiges Gesicht, eine lange Gestalt und sechs Kinder, für die er schon seit elf Jahren in die Jute-AG. fuhr.

Alle nickten und schimpften mit. Eine hustende Frau mit schwindsüchtigem Gesicht hielt allen ein Stück Papier vor das Gesicht: „Bekanntmachung!" Sie hatte es im Vorbeigehen unbemerkt vom Schwarzen Brett gerissen. Sie las nochmals laut vor: „Die Ausnützung der Webstühle ist viel zu gering, wie die anhängende Tabelle zeigt."

„Ja, bei dem schlechten Material... Hundsmiserabel ist unser Rohmaterial!... Mit dem jetzigen Materialmist kommt man nicht auf die Hälfte!" Mehrere sagten es gleichzeitig durcheinander.

Die Frau las, ihren Husten unterdrückend: „Die normale Ausnützung soll bei 70 bis 75 Prozent im Durchschnitt liegen... Darum kein unnötiger Stillstand des Stuhles! Schnelles Auswechseln des Schützen! Kein Abfall der Copse, sondern volle Ausnützung derselben!"

Knauer warf hinein: „Da werden sie schon noch ein paar Antreiber anstellen müssen, um einen solch hohen Prozentsatz herauszuquetschen!"

„Ja... der Stuhlmeister Liebert soll den Webern und Weberinnen die größere Ausnutzung zeigen. Wer's nicht schafft, fliegt!" Die Frau las zu Ende: „Es ist zu Ihrem eigenen Besten, da wir sonst die Stühle, die mit zu geringer Ausnützung im Betrieb sind, in andere Hände geben müssen."

„Da seht Ihr die Gemeinheit! Wenn wir nun wieder so dumm sind?"

Die Lichter einer Station gossen einen gelben Schein über die Gesichter, in denen gleichgültige Verbissenheit und drohende Wut wechselten. Ein Teil der Fahrenden stieg aus. Es gab endlich mehr Platz für die müden Glieder...

Ein Mädchen erzählte dazwischen: „Heute früh hat an der Bahnsperre eine Schwangere einen schlimmen Stoß in den Leib erhalten... Im wilden Gedränge natürlich... Ja, wenn man wüßte, wer es tat... Sie fiel halbtot um und liegt jetzt im Krankenhaus..."

„Eine Kollegin von mir... Sie arbeitet ganz in meiner Nähe... Im siebenten Monat war sie...!"

Karl Henkel, der in den Betriebsrat gewählt war, drängte seinen untersetzten Körper zwischen den redenden Frauen hindurch, kniff im Vorbeigehen eine Blonde zwinkernd in den vollen Oberarm. Er neigte seinen rötlichen Bart zu Knauer, der von der Zeitung aufblickte: „Der Vorsitzende ist heute im Auftrage des Betriebsrates zum Gauleiter des Verbandes gefahren... Morgen, in der Mittagspause, wollen wir die Belegschaft zusammenholen wegen Arbeitszeit und Lohn."

Knauer nickte: „Die Stimmung hat sich allgemein gemacht. Die Ortsansässigen sind sogar wilder als wir."

Der Zug trug stampfend seine tägliche Last heimwärts. Die kalten Felder des Februars dehnten sich zu den fernen grauschwarzen Höhenzügen. Der schwarze Schatten der Telegraphenstangen sauste in regelmäßigen Abständen am Wagenfenster vorbei.

„Sie hat im Krankenhaus eine tote Fehlgeburt gehabt," erzählte das Mädchen zu Ende. „Sie kam ums Haar dabei um..."

„Der gnädigen Frau von unserem Herrn Direktor kann sowas allerdings nicht passieren," stachelte Knauer die Frauen auf und klopfte dabei am Fensterrahmen seine ausgerauchte Pfeife aus, „aber ihr wollt's ja nicht anders."

•

Am nächsten Morgen kam es wieder zu einem Ereignis an der Sperre des Bahnsteigs. Im Gedränge der halbschlaftrunkenen, zur Arbeit hastenden Menschen stürzte ein Mann quer vor den Durchlaß. Sein Kopf fiel, im Anprall des Sturzes, auf den verrutschten Rucksack. Er schlug in Krämpfen um sich. Der Kopf klatschte dabei dumpf auf das Pflaster.

Der Menschenstrom stockte und verknäulte sich vor der Sperre. Die Vorderen wollten dem Gestürzten helfen, während von hinten, wo man die Ursache der Hemmung nicht kannte, mit der gewohnten Hast vorwärts gedrängt wurde.

„Na, vorwärts, zum Teufel!"

„Nicht auf die Füße treten! Einer soll gestürzt sein!"

„Zum Teufel! Was ist denn los!"

Die verknäulte Masse von vielen hundert Arbeitern und Arbeiterinnen begann zum Stehen zu kommen: „Tragt ihn beiseite! Faßt doch vorn zu!"

In den Menschenknäuel hinein hagelten unerwartet mehrere Hiebe eines Gummiknüppels, einem Mädchen quer über das gelbe Färberinnengesicht und einem großen Arbeiter von hinten über die Schulter. Dieser wandte sich, sah im Drehen taumelnd Uniform und Helm.

„Platz da!"

Der Schupomann, der mit seinen Hieben die Arbeiter direkt über den Gestürzten vorwärtstreiben sollte, erhielt plötzlich einen Schlag zwischen die Augen. Im Stürzen dröhnte sein Helm unter den Schlägen. In losbrechender Wut traten die Frauen auf ihn ein.

„So ein Hund!"

(Fortsetzung folgt.)

(Fortsetzung von Seite 3)

Dzerschinski: „Genosse Pjatakow, wenn Sie wollen, kann ich Dokumente verfaubaren, obwohl ich wenig Zeit habe. Ich weiß, Sie würden dies nicht tun. (Smirnow: Er ist schlauer.) Ich weiß, das Volkskommissariat für Handel, das ist Kamenjew. Daß er schlauer ist, weiß ich. Zweitens aber ist Genosse Kamenjew überall, da und dort. Er arbeitet nicht wie es sein sollte, sondern ist einmal da, einmal dort. Darin besteht auch seine Schwäche. Was haben wir hinsichtlich der Privathändler vorgeschlagen: Wir sagen: um die Detailpreise unseres Privathändlers zu senken, müssen wir ihm Waren nur nach dem Verteilungsplan geben, und nur unter der vertragsmäßigen Bedingung: „Du hast nicht das Recht, mehr als 20 Prozent Aufschlag zu machen". Und wir fügen hinzu, Genossen Pjatakow zur Kenntnisnahme, daß noch 10 bis 15 Prozent auf den Privathändler ausgeworfen werden müssen zugunsten des Staates. Wenn mir ihm Waren für eine bestimmte Summe abgeben, so muß er ein gewisses Prozent dafür geben, daß wir ihm unsere Ware,

Staatsware,

geben. Fragen Sie nur den Volkskommissar für Handel, wie er sich dazu verhält. (Erwiderung des Genossen Pjatakow, die unhörbar bleibt.) Was fuchtelst er mit den Händen, man muß es verstehen, Vorschläge zu machen, nicht aber sich mit Demagogie abgeben. Wir im Politbureau haben dem Rat für Arbeit und Verteidigung nur reale und konkrete Vorschläge gemacht. Von wem wurden sie abgelehnt? Da, von dem Chef des Volkskommissariats für Handel. Und man zieht uns hin und her, ohne Ende. Was schlagen wir weiter vor? Wir schlagen weiter Repressivmaßregeln gegen die Spekulanten vor. Dann sagt das Volkskommissariat für Handel: Es ist gefährlich, die „Rep" zu ändern."

Kamenjew: „Wer sagt das?"

Dzerschinski: „Ihr Stellvertreter. Genosse Figatner war bei diesem unseren Streit zugegen."

Kamenjew: „Aber war ich da?"

Dzerschinski: „Was Sie betrifft, so glaube ich, daß Sie überhaupt nicht sehr oft da sind."

Woroschilow: „Mit literarischen Werken beschäftigt . . ."

Dzerschinski: „Gestatten Sie mir noch, in wenigen Worten auf dieses Gebiet überzugehen, das dem Genossen Pjatakow besser bekannt sein muß und das er leider heillos verwirrt hat. Sie erinnern sich, als Genosse Kamenjew darüber sprach, daß wir im künftigen Jahr uns um 15 bis 16 Prozent erweitern würden, da griff Genosse Pjatakow ein und erklärte, daß auf dem Gebiete der wichtigsten Lebensbedürfnisse dies nur um 11 Prozent geschehe."

Pjatakow: „Das ist nicht richtig."

Dzerschinski: „Was haben Sie denn gesagt?"

Pjatakow: „Mit Bezug auf die Industriezweige, die für den breiten Bedarf arbeiten."

Dzerschinski: „Richtig. Ich kann es sagen, wie Sie es gesagt haben. Sie haben aber eine Konfusion angerichtet. Leider ist Genosse Pjatakow aus unserer Sitzung des Präsidiums weggegangen, als die Prüfung der Kontrollziffern erfolgte, und als mir im Präsidium gestern abend berichtet wurde, daß die Schwerindustrie sich um 24, sogar um 26 Prozent vergrößert habe, die leichte aber um 11 Prozent, da sagte ich: ein offenbares Mißverständnis — bei der sich erweiternden, vergrößernden Warenproduktion der Landwirtschaft, bei einem Anwachsen des Arbeitslohnes zu sagen, daß wir uns auf nur 11 Prozent bei den allgemeinen Gebrauchsgegenständen beschränken können, bei alledem zu sagen, daß wir nicht eine Kopeke für die Einfuhr von fertigen Waren aus dem Ausland in unserem Programm geben können — das heißt ein nicht zu verwirklichendes, unrichtiges Programm vorlegen. Denn das bedeutet die Sprengung unseres Tscherwonetz, die Sprengung des Tscherwonetz aber bedeutet die Sprengung des Arbeitslohnes. Da sagten mir alle Branchen, die für Genossen Pjatakow diese Frage bearbeiten: „Nur keine Angst, wir nehmen eine künstliche Unterteilung vor, wir nehmen eine sogenannte Schwerindustrie an."

Was ist die Schwerindustrie?

Das gesamte Metall, die gesamte Elektrotechnik, das gesamte Naphtha, die gesamte Heizung — das ist die Schwerindustrie, das übrige aber ist die Leichtindustrie, und dann geben die sogenannte Leichtindustrie und die Schwerindustrie ein solches Prozentverhältnis. Sie wissen jedoch, die Metallindustrie arbeitet für den breiten Markt, und zwar landwirtschaftliche Maschinen für den breiten Markt. Und das Petroleum, kommt das nicht ins Dorf? Was gibt es denn dort — brennen sie vielleicht Kienspäne oder was? Und elektrische Lampen kommen nicht ins Dorf? Ich frage, wie wird es denn dann sein? Man antwortete mir, wenn man diese Ziffern annähme, so erhalte man einen solchen Zuwachs, daß im vergangenen und im künftigen Jahr das prozentuale Verhältnis das gleiche sein würde, d. h., daß in gleichem Maße die innere Produktion nur für die Industrie, den Transport und das Baumwollen und in gleicher Weise die Produktion für den breiten Markt sich vergrößere. Deshalb soll Sie diese Zahl nicht schrecken, Genosse Kamenjew. Wir haben gestern schon bei der Sitzung des Präsidiums auch einen anderen Irrtum des Genossen Pjatakow berichtigt. Sie erinnern sich, daß er hier mit einer Rede auftrat, darüber, man möge die Löhne der Textilarbeiter nicht verkürzen. Doch wer hat

das Textilprogramm

so aufgestellt, daß 49 000 Arbeiter entlassen werden mußten? Das Programm ist auf Pjatakows Anweisung aufgestellt worden."

Pjatakow: „Ich gab die gegenteilige Direktive aus: nicht abzubauen."

Dzerschinski: „Sehen Sie, Sie nehmen einen „sozial-politischen Standpunkt ein: Ueberschüssige Arbeiter aufnehmen und sie nicht entlassen. Sie sind einer der ärgsten Desorganisatoren der Industrie. Ich glaube, wir brauchen nicht so weit zu kommen, daß die Textilarbeiter und unsere Webstühle bei dem entsetzlichen Warenmangel ohne Beschäftigung dastehen. Wir müssen unser Importprogramm revidieren, Genosse Pjatakow, und im Auslande nachträglich eine Million Pud Baumwolle einkaufen."

Pjatakow: „Was auch ich vorgeschlagen habe."

Dzerschinski: „Wenn Sie aber nichts gesagt haben. Es genügte meine Anwesenheit beim Präsidium, um diesen Fehler zu verbessern. Und wir haben den Fehler verbessert. (Eine Replik Trotzkis bleibt unverständlich.) Natürlich, alles Gute kommt nur von den Anhängern des Genossen Trotzki, und alles Schlechte kommt von jenen Genossen, die mit ihm nicht einverstanden sind. Genosse Pjatakow sagt:

„Ich habe auf unsere Unwirtschaftlichkeit hingewiesen, auf jene Kolossen, die in unserem Handels- und Industrieapparat wuchern sind."

Genosse Pjatakow verteilt sich immer aufs Budget. Ich frage, muß die Armee abgebaut werden? Die Armee kann nicht abgebaut werden, sondern die Armee und die Ausgaben für die Armee müssen augenblicklich vermehrt werden."

Zurufe: „Richtig!"

Kamenjew: „Aber die Kriegsindustrie, was haben Sie mit der Kriegsindustrie gemacht?"

Dzerschinski: „Genosse Kamenjew, sehen Sie denn nicht, welcher Unterschied zwischen mir und Ihnen ist? Daß Sie das ganze Unglück auf eine Person abwälzen, die an der Spitze steht, ich dies aber nicht tue?

(Unverhüllter Zwischenruf Sofolows.)

Bitte schön, Genosse Sofolow, erzählen Sie uns von Ihrer Wirtschaftstätigkeit. Ich animiere auf Ihren Unfug nicht. Mich hat für diese Arbeit das Zentralkomitee der Partei bestimmt, und deshalb gehe ich über Ihre Bemerkung hinweg.

Was noch einschränken im Budget? Die Ausgaben für das Bildungswesen? Genosse Pjatakow kann Ihnen vielleicht sagen, wie unsere Industrie unter dem Mangel an Kultur, unter dem Mangel an Qualifizierten erdrückt. Wir können diese Ausgaben nicht einschränken. Wir können und müssen die rein administrativen Ausgaben unseres Apparates einschränken, und der Rat für Arbeit und Verteidigung hat einen Beschluß gefaßt über die Einschränkung dieser Ausgaben für den Apparat. Genosse Pjatakow sagt weiter, warum plagt ihr uns also? Letzten Endes geht ihr uns die Mittel, warum plagt ihr uns? Ich schließe mich ganz der Stimme des Genossen Pjatakow an. Wirklich, wenn wenig Mittel vorhanden, wenn unsere Wirtschaftler übertriebene Forderungen stellen, wenn wenig Mittel vorhanden sind, dann ist es die reinste Qual. Das, was wir auf dem Gebiet des Kredits, auf dem Gebiet der Mittel durchmachen, behaupte ich, ist unerträglich, wenn wir einmal den Weg der Industrialisierung beschritten haben, wenn wir das Tempo eingeschlagen haben, das wir eben haben. — doch braucht man hier nicht zu übertreiben und zu verkleinern. Genosse Pjatakow sagte, daß wir im dritten Quartal forderten, man möge uns nichts wegnehmen und uns nichts hingeben. Man muß ihnen sagen, wir haben nicht: dies verlangt. Wir haben eine Vermehrung von 81 Millionen verlangt. Dann hat man uns diese 81 Millionen damals nicht gegeben, sondern Scheinmann, der dort sitzt, schlug vor, die Kredite um 45 Millionen einzuschränken, wir aber verlangten die Vermehrung um 81 Millionen, und schließlich und endlich verweigerte man sie uns und nahm den Standpunkt der Staatsbank an, als tatsächlich eine Vermehrung des Kredits unmöglich war; als aber die Vermehrung des Kredits möglich und besonders dringlich wurde, gab man uns diese Mittel. Deshalb lehnen Sie, daß alle die Dalen und alle die Gruppe, die unsere Opposition hier angeführt hat, nicht auf sektiischen Daten, sondern auf dem Wunsch beruhen, was es auch kostet, die schöpferische Arbeit zu hemmen, die das Politbureau und das Plenum führen." (Beifall.)

Erwerbslose!

von Wachwitz, Niederpoyritz, Helterwitz, Pillnitz, Oberpoyritz, Söbrigen, Reden, Pappritz

Donnerstag, den 19. August 1926, nachmittags 2 Uhr in der Schule zu Helterwitz

Erwerbslosen-Versammlung

Tagesordnung:

Bericht vom Landes-Erwerbslosen-Kongreß

Referent: Genosse Stadtrat Schneider.

Erscheint restlos!

Der provisorische Erwerbslosen-Ausschuß.

Der Streik der Antwerpener Hafenarbeiter

Am 3. Juli traten die Dock- und Hafenarbeiter von Antwerpen in einen Streik ein, welcher nach wenigen Tagen mit einem Siege der Arbeiterschaft endete. Da in der reaktionären Presse lügenhafte Berichte über diesen Streik verbreitet werden, wollen wir kurz die wichtigsten Momente desselben schildern.

Seit längerer Zeit standen die Hafenarbeiter in Verhandlungen mit den Unternehmern, um eine Anpassung ihrer Löhne an die durch den Frankensturz hervorgerufene Steigerung der Lebenshaltungskosten zu erzielen. Sie verlangten 5 Frs. Zulage pro Tag. Als diese Forderung nicht erfüllt wurde, trat bereits am 2. Juli ein Teil der Arbeiter in den Streik, und am 3. Juli war der Ausstand im Antwerpener Hafen allgemein. Etwa 4000 Arbeiter standen im Streik. Die Unternehmer, welche gegenwärtig reichliche Beschäftigung und glänzenden Profit durch die Verschiffung belgischer und deutscher Streikbrecherkohle nach England haben, suchten die Arbeiter unter sich zu spalten. Sie bewilligten für diejenigen Arbeiter, die Kohle verladen, die verlangte Zulage. Dieses Judasangebot hatte aber schon aus dem Grunde keine Wirkung, weil sintflutartiger Regen in den ersten Tagen jede Arbeit im Hafen lähmte. Vor allen Dingen waren aber die Arbeiter nicht gesonnen, sich in dieser Weise abspeisen zu lassen. Nicht für die Behandlung von Streikbrecherkohle, sondern allgemein hatten sie eine Zulage verlangt. Als der sozialistische Arbeitsminister Wauters vermittelnd in den Konflikt eingriff, lehnten sie mit überwältigender Mehrheit den hierbei zustande gekommenen Kompromißvorschlag ab, trotzdem ihre Verbandsführer diesen Vorschlag warm empfahlen. Die Bewegung dehnte sich bald auch auf die etwa 2000 im Hafen beschäftigten Metallarbeiter aus, welche die gleiche Forderung wie die Hafenarbeiter erhoben. Diese entschiedene Haltung brachte die Unternehmer zum Nachgeben. Sie bewilligten für alle Hafenarbeiter die verlangte Zulage, so daß die Arbeit am 9. Juli wieder aufgenommen werden konnte. Eine Woche später wurde auch den Metallarbeitern ziemlich die gleiche Lohnaufbesserung zugestanden. Die Kommunisten, welche die Fortführung des Kampfes zwecks Unterstützung der streikenden englischen Bergarbeiter wünschten, waren leider nicht stark genug zur Durchsetzung dieser Forderung.

Arbeitersport

Die neue Lehrschule des Arbeiter-Turn- u. Sport-Bundes

In der neuen Lehrschule in **Leipzig**, deren endgültige Fertigstellung bis zum 15. September erfolgen soll, herrscht schon jetzt reger Uebungsbetrieb. Die Turnhalle und das Schwimmbad sind seit geraumer Zeit ihren Zwecken übergeben worden und von den Bundesschulmusterklassen und durch Kurse eifrig benutzt. Gut eingerichtet ist auch die photographische Abteilung, in der Filme zu Lehrzwecken usw. angefertigt werden. 35 Lichtbildserien sind außer 2000 Einzelbildern vorhanden und werden von den Vereinen recht rege in Anspruch genommen. Schlafräume für 1—8 Insassen, Sonnenbad im Hause, Lesezimmer, Büro usw. ist in der neuen Lehrschule Sorge getragen. Zu gleicher Zeit können ohne irgendeine Einschränkung mehrere Lehrgänge Leibesübungen Geschlechts abgehalten werden. Nur die Beschaffung eines eigenen Sportplatzes macht noch Schwierigkeiten.

Nach endgültiger Fertigstellung dürften sich die Kosten für den Bau der neuen Lehrschule einschließlich Inneneinrichtung auf 1¼ Millionen Mark belaufen. Insgesamt wurden bis jetzt 575 000 Mark für den Bau bezahlt.

Am 19. September wird die neue Bundesschule offiziell eingeweiht. An diesem Tage wird ein Sternstafettenlauf, der von den Arbeitersportverbänden im Auslande ausgeht, von den Kreisen an der deutschen Grenze weitergeführt wird und in Leipzig mündet, überall davon Kenntnis geben und zugleich eine Propaganda für den Arbeitersport werden.

Resultate vom DSB-Sportfest. 100-Meter-Lauf: 1. Sparke, DSB, 12,1; 2. Glöckner, Schwimmer-Ost, 12,2. — 200-Meter-Lauf: 1. Sparke, DSB, 24,5; 2. Glöckner, Schwimmer-Ost, 24,8. — 1500-Meter-Lauf: 1. Böhmert, Zschachwitz, 4,36,2; 2. Merbitz, Zschachwitz, 20 Meter zurück; 3. Lauenstein, DSB, 30 Meter zurück. — Weitsprung: 1. Kretschmar, Zschachwitz 6,00; 2. Merbitz, DSB, 5,80; 3. Sparke, DSB, 5,78. — Speerwerfen: 1. Gründler, Zschachwitz, 37,48; 2. Rasch, DSB, 35,25; 3. Sparke, DSB, 31,90. — Kugelstoßen: 1. Sparke, DSB, 9,20; 2. Rasch, DSB, 8,85; 3. Friedland, DSB, 8,61. — Diskuswerfen: 1. Riese, DSB, 27,60; 2. Gründler, Zschachwitz, 24,60; 3. Wöllert, Zschachwitz, 22,90. — Eine olympische Staffette gewann DSB vor Schwimmer-Ost in 4,18,5. Im Raffball blieben Sieger DSB1 über Schwimmer-Ost 1 7:3. DSB Sportlerinnen über Forsthaus Sportlerinnen 2:0.

Arbeiter-Sport- und Bildungskartell Pirna und Umgegend. Mittwoch, den 18. August, abends 8 Uhr findet im großen Saal des Volkshauses eine öffentliche Mitgliederversammlung sämtlicher, dem Sport- und Bildungskartell angeschlossener Organisationen statt. Tagesordnung: Bericht über die Vorgänge im Kartell in den letzten zwei Jahren. Stellungnahme zu dem reaktionären Verhalten der sich abseits haltenden Organisationen. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es unbedingt erforderlich, daß jeder Genosse erscheint. Mitgliedsbuch oder Karte gilt als Ausweis.

Freie Turnerschaft Cossebaude-Waldhof. Sonntag, den 22. August Vereinswettturnen. Beginn 7,30 Uhr früh Waldkretschem. Abends gemütliches Beisammensein. Hierzu werden alle Mitglieder und Gönner der freien Turnsache herzlichst eingeladen.

Die österreichischen Arbeiterradfahrer waren in letzter Zeit sehr rege. Die Semmeringmeisterschaft gewann Karl Stoll. Im Mürztalrennen über 80 Km. siegte Franz Sturm in 2,49 Stunden. Das 88-Km.-Rennen in Leopoldsdorf gewann Franz Hanakam in 1,01,38 Std.

Die belgischen Arbeiterradfahrer trugen in Lüttich ihre Bahnmeisterschaften aus. Die 50 Km. gewann Bainoir in 45 Minuten, das 50-Km.-Paar-Rennen der Olympia-Sieger Pirlon zusammen mit Jeanfils in 1,28 Std.

Die russischen Radmeisterschaften auf der Landstraße wurden in Leningrad ausgetragen. Den ersten Platz auf der 25-Km.-Strecke belegte Koslow mit 48,02,8 Min. Bei der Altmeisterschaft auf der 10-Km.-Strecke siegte Wiaslow in 22,03,5 Min.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei

Dienstag, den 17. August:

Dorfhain. Abends 8 Uhr: Gründungsversammlung in Fleischers Gasthof.

Heidenau. Abends 7,30 Uhr: Mitgliederversammlung im Café Schwabe. Referat über: Die Vorgänge in der KPR. Referent vom Bezirk.

Kommunistischer Jugendverband.

Mittwoch, den 18. August:

Striesen. 7,30 Uhr Gruppenabend im „Sächsischen Husar". Ref.: „Das kommunistische Manifest" (Genosse Schwarz).

Johannstadt. Abends 7,30 Uhr Gruppenversammlung im Restaurant „Senefelder", Kaulbachstraße. Referat über: „Die ungarische Räterepublik."

Jung-Spartakus-Bund.

Donnerstag, den 19. August:

Neustadt-West. Liedertag. Genossin Fanni singt lustige Lieder zur Laute. Liederbücher nicht vergessen. — Arbeiteraltern und Leser unserer Zeitung, schickt eure Kinder in unsere Veranstaltungen. Jeden Donnerstag Punkt 5 Uhr im „Kantenschlößchen", Kantstraße.

Proletarische Freidenker.

Dienstag, den 17. August:

Freital und Umgegend. Abends 7,30 Uhr im Gasthaus „Stadt Dresden", Stadtteil Deuben—Poisentalstraße 25: Vorstands- und Funktionärversammlung.

Mittwoch, den 18. August:

Altstadt. Abends 7,30 Uhr im Restaurant Palmbaum, Freiberger Straße 12. Monatsversammlung. Vortrag: Genossin Weitengel. Gäste willkommen.

Friedrichstadt. Abends 7,30 Uhr in der „Schäferhütte": Mitgliederversammlung. Vortrag über: „Die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft."

Striesen. Abends 7,30 Uhr in Adlers Vereinshaus, Wiesenstr.: Mitgliederversammlung. Vortrag des Gen. Sindermann.

Amtliche Bekanntmachungen

— Brand-Erbisdorf —

Anmeldung der schulpflichtigen Kinder in Brand-Erbisdorf.

Ortsteil Brand:

Donnerstag, den 19. August, vorm. 9—12 und nachm. 2—4 Uhr im Schulleiterzimmer.

Ortsteil Erbisdorf:

Freitag, den 20. August, vorm. 9—12 und nachm. 2—4 Uhr im Zimmer Nr. 7.

Ich bitte dabei folgendes zu beachten:

1. Schulpflichtig sind alle Kinder, die bis zum 1. April 1927 das 6. Lebensjahr vollenden.
2. Angemeldet können auch die Kinder werden, die bis zum 30. Juni 1927 das 6. Lebensjahr vollenden.
3. Die Anmeldung muß durch Vater oder Mutter oder Erziehungsberechtigten geschehen.
4. Für die in Brand-Erbisdorf geborenen Kinder ist der Impfschein, für die auswärts geborenen Kinder außerdem eine standesamtliche Geburtsurkunde vorzulegen.
5. Bei der Anmeldung von Kindern zum Besuch der Volksschule haben die Erziehungspflichtigen dem Schulleiter unbedingt eine Erklärung darüber abzugeben, ob die Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht.

Der Schulleiter.

Theater am Wasaplatz
Allabendlich:
Die tolle Komteß
Operette in 5 Akten von Bernauer und Schanzer
Musik von Walter Kollo
Beginn werktags 8,30 Uhr. Sonntags 8 Uhr

Tymians Täglich 8 Uhr
Das einzige wirkliche Thalia-Theater
Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Alle Lebensmittel! billig
Wilhelm Baege
PIRNA

Damen
empfiehlt Spülapparate, Spülkannen, Leibbinden, Gebläuche usw. sowie sämtl. hyg. Artikel
R. Freisleben
Postplatz
Man achte auf Firma!

Misa — Urania
u. Spezial-Fahrräder - günst. Bedingungen, billige Preise
Lehmann, Tharandter Str. 72

Schuhmacherei Max Webner
Bautzen, Schlachthofstr. 5
Saubere Arbeit bei mäßigen Preisen

Stimmung Stimmung
D' Wiener Kinder
täglich im
Schlosskeller Bautzen

Gustav Döring, Oberoderwitz
Fahrräder, Nähmaschinen und Reparaturwerkstatt

Alfred Goldberg - Niederoderwitz
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei zu billigsten Tagespreisen